

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 263 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Sonntag/Montag, 25. 26. Nov. 1934

Chefredakteur: M. Braun

**Französisch-russisches
Militärabkommen**

Seite 2

Göcing prüft Richter (Bild)

Seite 4

**Dokumente
zum Kirchenkampf**

Seite 7

**„Sie sind von Hitler
gekauft!“**

Seite 8

In Deutschland verboten!

Verlegene Erklärungen zu der Doppelzüngigkeit des „Führers“

Man darf im Saargebiet den „Führer“ der Nazis und der gleichgeschalteten Deutschen nicht beschimpfen. Das ist auch wirklich nicht nötig. Es genügt, diesen Menschen in seinen eigenen Worten und Taten sprechen zu lassen.

Wie hat er länger als ein Jahrzehnt in Bierkellern und im Zirkus Krone gegen die Franzosen und jede Verständigung mit ihnen getobt. Mit allen seinen Gefinnungs-treunden hat er Beifall gefächelt, als die Eisner, Erzberger, Rathenau wegen ihrer „landesverräterischen“ Verständigungspolitik von Leuten seines Geistes niedergewalzt wurden.

Sein Buch „Mein Kampf“ wurde ein einziger wilder Schallknall gegen das baskardisierte, verneigte, korrupte Frankreich, das zu vernichten er als sein politisches Hochziel pries. Auf solcher kriegerischer Dehnbreite sitzend er empor. Diese politische Sachliteratur machte ihn vom Bettler zum Millionär.

Als Dr. Stresemann aus Locarno zurückkehrte, schrieb der „Völkische Beobachter“, herausgegeben von Adolf Hitler, man solle Stresemann, den Außenminister „tot-schlagen wie einen Hund“.

Die Drohung zu verwirklichen, war nicht nötig. Stresemann, ebenso wie Ebert, wurden zu Tode gehen durch elende Verleumdungen. Daß sie von den Franzosen getauft seien, gehörte zum täglichen Repertoire der nationalsozialistischen Verleumdungsreden. Auch die Witwe Stresemanns mußte dagegen die Gerichte in Anspruch nehmen.

Der Führer einer so rohen Bewegung konnte in Deutschland Reichstagsreden werden. Die Reichswehr benutzte ihn, um endlich die tiefenhaltigen Rührungen durchzuführen zu können, die sie von den republikanischen Außenpolitikern vernünftiger Hebellegung und weilschauernder europäischer Sicht nicht erlangen konnte.

Auch im schnellsten Tempo braucht die Ausrüstung ihre Zeit. Die Spanne bis zum Nützlichkeitsziel führt Hitler durch Friedensreden aus. Er bellt sich, daß die Welt, die den Värm der deutschen Rüstungsindustrie in den Ohren hat, keine Friedenspredigten, keine späten Wiederbeschwüre an das zitterliche und edle Frankreich nicht ganz ernst nimmt. Die Welt erinnert sich nebenher auch noch, daß Hitler seinen Vorgänger von Schleicher und dessen Freund General von Bredow erschießen ließ, nur weil sie sich mit Franzosen unterhielten. Daß sie gemeinsam mit Frankreich „Vandensverrat“ getrieben hätten, behauptete der Reichstagsredner Hitler im Deutschen Reichstag mit derselben Unbefähigkeit, mit der einst der Reichstagsredner Hitler Stresemanns Totschlag gefordert hat. Daß der Reichstagsredner Hitler dann keine Behauptungen gegenüber der französischen Regierung in aller Form zurücknehmen mußte, hat das deutsche Volk nie erfahren.

Mit der Rüstungsindustrie wuchs Hitlers Friedens-offensiv. Ein französischer Parlamentarier und ein Pariser

Stadtrat konnten der Forderung nicht widerstehen, einer Einladung des „Führers“ in die Reichstagskammer zu folgen. Wie man diese französischen Hitlergänger in Frankreich einschäufte, ist an anderer Stelle dieses Blattes zu lesen. In Deutschland jedenfalls waren die Friedensobetenungen Hitlers an Frankreich nirgends zu lesen. Der „Führer“ wurde unter Zensur gestellt, wenn wir nicht annehmen sollen, daß er selber nicht wagte, Kennerungen zu veröffentlichen, die in Deutschland niemand ernst genommen hätte.

Der „Führer“ und Reichstagsredner läßt zu, daß seine Erklärungen an die beiden französischen Halbblöckchen in Frankreich und der ganzen Welt veröffentlicht werden. Die deutsche Presse aber erhält Schweigegebot, und als der Widerhall aus dem Auslande auch nach Deutschland dringt, was läßt dann der große „Führer“ erklären? Er habe sich mit den Franzosen nur zwanglos unterhalten. Eine Veröffentlichung über den Inhalt dieser Unterredung war nicht in Aussicht genommen.“ So ein Gefasel! Als ob der „Führer“ eines großen Reichs seine Zeit mit zwei ihm unbekanntem Franzosen am Kaffeetisch verplauderte, nur damit sie dabei im engen Familienkreise von der gemütlichen Stunde mit dem deutschen Staatsoberhaupt erzählen sollen.

Noch schöner ist die Entschuldigung des „Berliner Tageblattes“, die der französischen Presse auf deren mißtrauischen Fragen, warum denn die Deutschen die Franzosenfreundlichkeit ihres „Führers“ nicht erfahren dürften, erwidert, aber Hitler habe doch nur wiederholt, was er seit dem Mai 1933 so oft über seinen Verständigungswillen gesagt habe. Dann ist aber doch für einen Menschen, dessen Vokab noch nicht gleichgeschaltet ist, um so weniger zu bezweifeln, worum man der deutschen Presse verboten hat, die goldenen Worte Adolf Hitlers zu erfahren. Man ist doch sonst nicht so gegen Wiederholungen, denn schließlich hat sich allmählich herumgesprochen, daß der Hauptinhalt von Hitlerreden ewige Repetitionen sind.

Das Ergebnis der neuesten außenpolitischen Aktion des sanderbaren „Führers“ ist also neue Fieseln bis was, deren Folgen leider nicht nur er persönlich, sondern wieder das deutsche Volk zu tragen hat. Ein Mann, in dessen Namen Pazifisten eingesperret und gefoltert werden nur wegen ihrer Gesinnung, gilt als total unglaubwürdig, wenn er Friedensverleumdungen abgibt.

Seine neueste Leistung des Verbots seiner eigenen Friedensobetenungen in Deutschland, das erfüllt ist von Kriegsgerüchten und Kriegsvorbereitungen, läßt aber ihn erst recht aller Welt als doppelzüngig und als den Frieden bedrohenden politischen Intriganten erscheinen.

Gerechterweise muß allerdings hinzugelegt werden: die Gefährlichkeit von Intriganten bemißt sich nach dem Grade ihrer Intelligenz.

Unschuldig hingerichtet!

Der Justizmord in Frankfurt a. Main

Ein früher in Frankfurt a. Main führender Nationalsozialist schreibt uns:

Vor einigen Tagen habe ich eine Notiz über den Frankfurter Justizmord an Reiting er gelesen, der angeblich den SA-Mann Hans Handwerk erschossen haben soll und von dem Frankfurter Gericht zum Tode verurteilt und hingerichtet worden ist.

Ich versichere hiermit an Eides Statt und bin bereit, vor jedem unabhängigen Gericht unter Eid was folgt auszusagen:

Reiting er ist vollkommen unschuldig. Er ist kurz nach der Nachtverhaftung unter dem Verdacht, Hans Handwerk erschossen zu haben, von der SA. verhaftet worden und wurde in den Kellern der früheren „Volkstimme“ in Frankfurt Nacht um Nacht grauenvoll verprügelt. Der Sturmführer Bauer, der spätere Adjutant des Sturmbannführers Roth, ließ Nacht um Nacht an dem schwächlichen Jungen Menschen die gräßlichsten Mißhandlungen vornehmen, bis der völlig zusammengebrochene junge Mensch ein Schriftstück unterschrieb, daß er auf Hans Handwerk geschossen habe.

Diese Angaben machte mir der Sturmführer Bauer in der Geschäftsstelle des Lehrbataillons 30 81, die ich im März bis Juni 1933 führte, persönlich. Bauer bräufete sich offen mit dieser traurigen Gestalt.

Reiting er wurde nach diesem erzwungenen Geständnis in das Frankfurter Untersuchungsgefängnis eingeliefert und gegen ihn das Strafverfahren eröffnet. Ich selber hatte nach der Bauerschen Mitteilung an dem Fall Reiting er Interesse und fragte eines Tages den Gefangenenaufsicherer Goff vom Untersuchungsgefängnis Hammergasse, der im Lehrbataillon (700 Mann stark) mir unterstand, was der Hans-Handwerk-Mörder mache. Er gab mir an, daß er dem schwächlichen, fast schüchternen Menschen die Mordtat nie und nimmer zutraue. Er glaube bestimmt, daß da ein Verstum vorliege.

Daraufhin nahm ich mit dem Landgerichtsrat Joseph Hering, der ebenfalls als SA-Mann mir unterstellt war und mit dem ich privatim etwas befreundet war, Rücksprache über den Fall Reiting er. Der Landgerichtsrat Hering erklärte mir, daß er wohl zum Richter über Reiting er bestimmt würde und sich deshalb den Reiting er einmal in seiner Dankzelle angesehen habe. Er selbst glaube auf Grund seiner besonderen Menschenkenntnis, daß Reiting er vollkommen unschuldig sei und er werde seine Stimme gegen den Schuldspruch abgeben, wenn er nur die geringsten Zweifel an der Schuld Reiting ers habe. Ich ging mit dem Landgerichtsrat noch in dessen Wohnung Zeilstraße 5 und dann zu seiner Braut, wobei er mir wiederholt die Zusicherung gab, den Unschuldigen zu retten. Ich besuchte ihn einige Tage später zu dem Sturmführer Behner von der Standarte 81, Mozartplatz, und der Landgerichtsrat Hering ließ sich auch dort melden. Behner ging auf den Fall nicht ein, obwohl ich ihn dazu eine Viertelstunde zuvor aufgefordert hatte. Auch den Sturmführer Bauer forderte ich persönlich auf, eine ehrenwörtliche Erklärung über das Zustandekommen des Geständnisses abzugeben, aber der erklärte mir, er wisse nicht mehr, was da in der „Volkstimme“ vorgefallen sei. Ich wandte mich daraufhin an die Ehefrau Bauer mit der Bitte, ihren Mann zu veranlassen, einen Aufschluß zu geben zu leisten. Ich habe keinen Weg gefunden, jedoch alles war umsonst.

Die Gerichtsverhandlung fand statt. Man trug den armen Jungen in den Gerichtssaal, und als einziges Beweismittel hielt ihm der Staatsanwalt sein eigenes Geständnis vor. Sonst keinen Schatten von Beweise. Reiting er erklärte mit würgender Stimme, er sei so furchtbar geschlagen und gefoltert worden, daß er überhaupt nicht mehr gewußt habe, was er da unterschrieb. Man habe ihm nur gesagt, wenn er das unterschreiben würde, dann sei alles gut. Diese Angabe Reiting ers löste einen Entrüstungsturm bei dem Richter, der die Verhandlung führte, aus. Es wurden der Sturmführer Bauer, der Sturmführer Behner und der damalige Weigandeführer, jetzige Polizeipräsident Beckerle vor das Gericht geladen und dieselben schworen, daß Reiting er nicht geschlagen worden wäre, leisteten also einen glatten Meineid.

Reiting er wurde zum Tode verurteilt, sein Gnadengeuch wurde abgelehnt, obwohl er noch keine 21 Jahre alt war. Er wurde hingerichtet.

Bei persönlichen Differenzen in früheren Sturm Bauers kamen eine Anzahl Unterschriften unter ein Schriftstück, daß Bauer, Beckerle und Behner einen Meineid geleistet hätten und etwa 10 SA-Männer und Führer versicherten in dem Schriftstück an Eides Statt, daß Bauer und Behner und Beckerle von den Mißhandlungen Reiting ers Kenntnis hatten. Diese ungeheuer Ansehen erregenden Tatsachen wurden der Obersten SA-Führung eingereicht. Röhm selber verlangte Stellungnahme der SA-Führung in Frankfurt. Die Sache wurde endlos verschleppt,

Land der Korruption und der Gerüchte

Neue Verzweilungsrede Goebbels — Was geht in der Reichswehr vor?

Signale

Am Samstag in den frühen Morgenstunden ertönte die Stimme des Stuttgarter Anwalters besonders müde. Sie hatte freilich auch keinen Anstoß zu beschwingteren Reden. Denn als Vortragsmaterial lag eine Rede von Goebbels vor, gehalten vor den in Berlin versammelten Gauleitern, die der neuen Novemberbestimmung der nationalsozialistischen Gesellschaft aufs genaueste entsprach. Goebbels wandte sich gegen die Unzufriedenen und Ewig-Weitlägen, die immer noch nicht die Größe der Leistungen des „Dritten Reiches“ anerkennen wollten. Die Reichsregierung müsse den Mut zu unpopulären Maßnahmen haben — um Deutschlands Zukunft willen. Dabei wählte der Herr Minister alle Schuld und Verantwortung auf Hitlers Vorgänger in der Reichsregierung. Sie hätten in verbrecherischer und unmoralischer Weise Millionenkredite aufgenommen, die das ganze Volk belasten. Goebbels schenkte sich nicht, hinzuzufügen, daß die Regierung des „Dritten Reiches“ bereits Milliarden zurückbezahlt habe! Der Panfrottlerklärung des Gauleiters Schacht lägte Goebbels den rhetorischen Dohn bei.

Der Eindruck, daß es allenfalls im Gebälk froht, ver-härkt sich zusehend. Der „Führer“ selbst hielt es für nötig,

die Gauleiter in stundenlangem Ansprache in die Geheimnisse seiner Politik einzuwöhnen. Sie war für die Wackernden bestimmt, vor allem für diejenigen, die noch nicht angehört haben, auf dem fest versprochenen Sozialismus zu warten. Selbstverständlich war es, wie die Presse berichtet, ein „eindrucksvolles Erlebnis“ für die Hörer. Es war das Erlebnis einer wachsenden Führerlosigkeit. Die nationalsozialistischen Funktionäre lernten, sich nicht mehr aus jeder Ecke pläut gewöhnlich in kürzester Frist eine Gegen-ordne zu folgen. Die Apparatur der Macht, die äußerlich nach wie vor fest gelagert erscheint, ist innerlich angegriffen. Keiner traut dem andern, keiner ist sicher vor dem andern. Nicht man die Notizen über offiziell zugegebene Unterschlagungen brauner Amtswalter, dann begreift man diese innere Unsicherheit. Hitlerdeutschland ist ein Korruptionsschauspiel geworden, für den man höchstens gewisse balkanische Zustände im 19. Jahrhundert verzeichnswiese heranziehen kann. Die formale Disziplin, dieses höhere Strammziehen, teils freigewählt, teils zwangsweise, ist der uniformierte Deckmantel einer wilden Klemmer- und Gelderlöse.

Horisierung siehe Seite 2

und am 30. Juni 1934 ist auch dieses belastende Material von Göring, dem Vorgesetzten Beckerles, beschlagnahmt und wahrscheinlich vernichtet worden.

Ich erkläre, worgetreu dieses alles jederzeit unter Eid zu nehmen und stelle mich jedem internationalen Untersuchungsgericht zur Verfügung. Meine feste Überzeugung ist seit 1933, daß Reitinger vollkommen unschuldig war, daß man das auch in der ZK und bei den Behörden einwandfrei erkannt hatte, aber aus Freigiergründen bewußt den Unschuldigen hinstellte, damit die Frankfurter Bevölkerung eingeschüchtert wurde.

Im Volkstum heißt die ehemalige Vangekehrte in Frankfurt, die von den Nationalsozialisten in Handschloßstraße umgelaufen worden war: Reitingerstraße.

Müllers Ende?

Die bisher schwerste Schlappe

Berlin, 24. November.

Geht es zu Ende mit der Mülkerischen Reichskirche? Man mühte es fast annehmen, wenn es im protestantischen Kirchenkampf nicht immer neue Uebererraschungen gäbe. Der „Reichsbote“ (Nr. 70, 24. 11.) teilt mit, daß der von der Reichskirchenregierung zu einem Gutachten über die kirchliche Rechtslage aufgeforderte führende nationalsozialistische Jurist Prof. Rosal aus Halle der Reichskirchenregierung mitgeteilt hat, er beurteile die kirchliche Rechtslage ebenso wie der Reichsgerichtsrat Bloh von der Betennistkirche. Im Kenntnis dieser Zusammenhänge hat Reichsbischof Müller zwei Verordnungen erlassen, von denen die erste die liturgische Union wieder herstellt und damit eine Ausgliederung der Union aus der Reichskirche vollzieht, und die 2. die Übertragung der Befugnisse des Landesbischöfs der Union auf den Reichsbischof wieder rückgängig macht.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung ist, so berichtet United Press auch die Konferenz der evangelischen Landesbischöfe, die sich mit der Bildung eines geistlichen Ministeriums befassen sollte, abgebrochen worden. Die Abgabe ist von zuständiger Seite erklärt, „aus juristischen Gründen“ erfolgt. Ob nach dieser Entwicklung der Dinge Reichsbischof Müller noch immer an dem Standpunkt steht, daß er nicht zurücktreten dürfe, ist abzuwarten. Unbestreitbar ist, daß er eine neue Niederlage erlitten hat, die größer ist als jede andere. Er hat sich bisher in seiner Karriere als Reichsbischof widerfahren ist.

Täglich wächst d'e Lumpenliste

Die Kieler Strafkammer verurteilte den 42jährigen B. Kublmann aus Berlin wegen Unterdrückung einflussreicher Gelder der Deutschen Arbeitsfront zu einem Jahr Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte sich im Laufe seiner Tätigkeit rund 400 Mark der einflussreichen Gelder angeeignet und für seine Zwecke verbraucht.

Die Deutsche Arbeitsfront teilt mit: „Der Blockwaller der DAF, Christian Arelling, Marburg, Adolfsstraße 8, wurde von der Staatsanwaltschaft in Haft genommen, weil er Beitragsgelder unterdrückt hat. So geht die Leitung der DAF, mit aller Schärfe gegen jeden Amtswalter vor, der die ihm anvertrauten Gelder für sich verwendet, denn keinesfalls sollen die Hände, wie sie von der Arbeiterregierung bei den Gewerkschaften herrschen, auch im Staate Adolf Hitlers Platz greifen.“

Das sind die Leute, die androgen, um die „marxistische Korruption“ zu ernichten, die sie bisher noch nicht in einem einzigen Falle nachweisen konnten.

Allgemeine Wehrpflicht

Eine Diskussion in England

In einer unter dem Vorsitz des Chefs des Reichsgeneralsstabs abgehaltenen Versammlung machte, wie „Daily Herald“ mitteilt, der Oberstleutnant Strombonce den Vorschlag, etwa dreißig Admirale und Generale sollten einen Aufruf erlassen, der die Ausbildung der jungen Männer von 18 bis 25 Jahren in adäquatiger Dienstzeit fordere. Neben dem Unterhalt sollten sie eine Tageslohnung von einem Shilling (8,75 Franken) erhalten.

Frankreich billigt den jugoslawischen Schritt

Paris, 24. November.

(Von unserem Korrespondenten)

Die blasse Presse billigt den jugoslawischen Schritt beim Balkenbund, und sie weiß darauf hin, daß es Ungarn schwer fallen wird, die Argumente der Belgrader Regierung zu entkräften und zu beweisen, daß es für das Marceller Attentat keine Verantwortung trage.

Saint-Exupéry stellt im „Journal“ fest, daß der jugoslawische Außenminister sich bei der Abfassung der Note sehr entgegenkommend gezeigt habe. Einen großen Beweis seiner Aufrichtigkeit fordere man von Cyprien Werden die Schuldigen das befreien und darauf in angemessener Form antworten? Werden sie nicht versuchen, sich zu verteidigen, indem sie Del ins Feuer gießen?

Warum fordert Ungarn wohl eine schnelle Aussprache über Marcell? fragt „Echo de Paris“. Habe es ein so großes Gewissen? Brenne es darauf, sich zu rechtfertigen? Nein, das sei nicht der wahre Grund. Ungarn wisse, daß es vom Balkenbund nichts zu fürchten habe, der sich niemals einmütig für Strafen oder Sanktionen aussprechen werde. Es sei überzeugt, daß jeder seine Ansicht nach seinen eigenen politischen Interessen berechnen werde. Aber am wichtigsten sei es ihm, sich den Schutz Italiens zu erhalten. Die Regierung in Rom schuldigen und jede Annäherung zwischen Frankreich und Italien zu verhindern, die praktisch Ungarns revisionistischer Politik ein Ende machen würde.

Ungarns Protest

Budapest, 24. November.

Ministerpräsident Gombos hat an die ungarische Presse eine Erklärung abgegeben in der es u. a. heißt: „Die ungarische Regierung geht mit Bestreben, daß der Ton der Note der gleiche ist wie der der gegen Ungarn gerichteten Presse. Diese Presse hat nämlich sofort nach der Verübung des Mordes, somit zu einer Zeit, als noch keinerlei Anhaltspunkte dafür vorhanden sein konnten, wer die Organisationszentren und die Ausführenden des Anschlages waren, zur Blockade Ungarns eine politische Note einreicht, die von vornherein abgelehnt war, den europäischen Frieden zu gefährden. Die ungarische Regierung hat vom ersten Augenblick des Erscheinens des Verleumdungsfeld-

Land der Korruption und der Gerüchte

(Fortsetzung von Seite 1)

Die „Freien Renaissancemenschen“, nämlich die deutschen Journalisten nach dem Willen ihres Chefs Josef Goebbels, erleben... mit Schrecken, daß sich die amtlichen Zensur-Anweisungen täglich häufen. Deutschland ist nicht nur das Land der Korruption, sondern, im naheliegenden Zusammenhang damit, das Land der vielen Gerüchte geworden. Die Gerüchte arbeiten sieberhaft, um die Verbreiter von unwahren Gerüchten drastisch zu bestrafen. Aber sie sind zuletzt ohnmächtig. Alle uns vorliegenden privaten Berichte stimmen darin überein, daß man immer furchtloser offen auf der Straße und in den Geschäften schimpft und Details über die „Führer“ erzählt. In überhäufigen das Schimpfen nicht. Es hat mit aktivem Abwehrwillen nicht das mindeste zu tun. Aber es zeigt die Verlogenheit der braunen Propaganda, die nach wie vor dreißig das gläubige Vertrauen der Volksgenossen für sich beansprucht. Es ist eine Atmosphäre der Verbitterung, mit der geballten Faust hinter dem Rücken, eine Renaissance-Einstimmung, die zwischen der Erwartung eines neuen „Aufbruchs“ und einem neuen 30. Juni schwankt.

In die Sphäre der Gerüchte gehören auch die häufigen Besuche Müllers beim Reichswehrminister von Blomberg, der sich gegenwärtig in einem Sanatorium auf dem Weihen Hof bei Wehrhau befindet. Man spricht von der Möglichkeit seines Rücktritts schon seit einiger Zeit. Die Motive einer möglichen Blomberg-Krise sind nicht leicht zu durchschauen. Auch eine angebliche Denkschrift, die der Chef der Wehrleitung, General von Frisch, an Hitler gerichtet haben soll, kassiert keine... Frisch soll darin Bedenken gegen die Eingliederung gewisser Z-L-Formationen äußern, die von einflussreichen Stellen gefordert wird. Frisch soll vor allem militärische Bedenken dagegen haben. Er will keine allzu enge Annäherung der Parteilisten an die Reichswehr, weil er... die andere Volkstreue denkt, die sich nur widerwillig unter der nationalsozialistischen Flagge zu sammeln gewillt ist. Auch im Schoße der Reichswehr gibt es jedenfalls heftige Kämpfe. Es wird behauptet, daß der Chef des Ministeriums, der absolut hitlertreue General von Reichenau an der Spitze der gegen General von Frisch gerichteten einflussreichen Gruppe... steht, und man spricht davon, daß es ihr in absehbarer Zeit gelingen würde, Frisch zu stürzen.

Gewitterwolke über Deutschland! Während sich seine Herrschaft um die „Licht unterhalb des Führers“ breitet, der selbst längst kein Führer, sondern ein Schwankender und Getriebener ist, wachsen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ins Ungemessene.

Französisch-russisches Militärbündnis

Die Debatten in der Kammer

Paris, 24. November.

Die französische Kammer hat am Freitag das Budget des Kriegsministeriums in erster Lesung angenommen. Es wurde eine Summe von 800 Millionen Franken für Materialbeschaffung der Armee bewilligt, deren Rüstungsmaterial modernisiert und weiter motorisiert werden soll.

Die Debatten, die anfänglich bei Beratungen über den Wehrhaushalt geführt wurden, waren von großem politischem Interesse. Besonders Aufsehen erregte die Rede des radikalsozialistischen Abgeordneten Archimbeaud, der Berichtshalter für den Wehretat ist. Der Abgeordnete erklärte in seinem Bericht, daß die Hitlerregierung den Friedensvertrag nicht einhalte. Wiederholt konnten Feststellungen gemacht werden, daß Hitlerdeutschland die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages verletze und zuletzt noch war es Archimbeaud, der die französische Regierung auf die Gefahr der deutschen Rüstungen aufmerksam gemacht habe. Es ist anzunehmen, daß, obwohl der Abgeordnete Archimbeaud nichts darüber gesagt hat, die Sowjetregierung

Gerüchte und „Gruel“

Täglich Serienverurteilungen

Berlin, 24. Nov. Vor dem Berliner Sondergericht hatte sich die 42jährige polnische Staatsangehörige Zjannia Walsan wegen Verbreitung von Gerüchten über den Reichskanzler verantworten. Die Angeklagte, eine Hausfrau, hatte am 18. Oktober einen Kunden dadurch zum Kauf von Stoff zu bewegen versucht, daß sie erklärte, die Stoffe würden sehr aus Papier hergestellt und nur auf Verlangen abgegeben. Das Sondergericht verurteilt sie zu drei Monaten Gefängnis.

Marburg, 24. Nov. Vor einigen Wochen wurde ein verurteilter Mann namens Baumbach in Kirchhain verhaftet, nachdem er sich in angebetertem Zustand in verächtlicher Weise über ein Bild des „Führers“ und Reichskanzlers geäußert hatte, das in einem Wirtshaus hing. Vor dem Marburger Schöffengericht verurteilte Baumbach, die ihm zur Last gelegten Redensarten abzuschwächen, was ihm jedoch nach Änderung der Aussagen nicht gelang. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis, wobei die Unterdrückung nicht angerechnet wurde.

Das Kölner Sondergericht verurteilte nach einem Bericht des „Westdeutschen Beobachters“ wegen Verbreitung unwahrer Gerüchte über den FdM, einen 34jährigen Angeklagten aus Naden zu acht Monaten und eine 22jährige Angeklagte aus Schaufenburg zu einem Monat Gefängnis.

Das ist der „Führer“

Die Basser „National-Zeitung“ (Nr. 344) berichtet aus Berlin: „In der Reichspolitik allein regieren mindestens sechs Instanzen mit Ordres und Contreordres, meistens unabhängig durcheinander, das Propagandaministerium, das reichliche Ministerpräsidentium, die geheime Staatspolizei (Gestapo), die Führung der Arbeitsfront, dann auch die Reichskirchenregierung, und über allen thronet erst noch der Führer. Aber fast jeder, der mit Adolf Hitler selbst zu tun hat oder zu tun haben möchte, klagt, daß der Führer selbst sehr wenig führe, dazu wird der höchste Staatsmann von seiner nächsten Umgebung fast hermetisch gegen die Welt abgeschlossen. Durch die seit Marcell erst recht verhärtete Nachtseitenkette sollen regelmäßig nur Dr. Goebbels, Herr von Ribbentrop, Rudolf Hess, Gestapo-Chef Himmler und Verbodjant Brückner dringen.“

der französischen Unterfragen über die geheimen militärischen Rüstungen überreicht hat.

Schon diese Ausführungen Archimbeauds machten einen großen Eindruck auf die Kammer. Aber geradezu Aufsehen erregte seine Bemerkung, daß zwischen Rußland und Frankreich sich eine Entente herausgebildet hat. „Diese Entente“, so sagte Archimbeaud wörtlich, „sichert den europäischen Frieden. Rußland hat eine große und gut ausgerüstete Armee, die uns im Falle eines Konfliktes mit Deutschland zur Verfügung steht. Warum soll man sich darüber wundern und aufregen, daß das bürgerliche Frankreich sich mit Sowjetrußland verständigt hat? Hat nicht Michailow sich mit den protestantischen Fürsten Deutschlands verständigt? Es ist zweifellos zu bedauern, daß 20 Jahre nach dem Krieg wir wieder zur alten Politik des europäischen Gleichgewichts zurückkehren. Aber es ist nicht unsere Schuld. Es handelt sich darum, die Schrecken eines neuen Krieges zu vermeiden.“

Auch der Kriegsminister, General Maurin, hat in seiner Rede u. a. die Zusammenarbeit zwischen der französischen und roten Armee hervorgehoben.

Inzwischen werden von amtlicher Seite die Erklärungen des Abgeordneten Archimbeaud zum Teil demontiert, indem behauptet wird, daß die Gerüchte über ein französisch-russisches Militärbündnis unzutreffend seien. Aber es kann gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die enge Zusammenarbeit zwischen der roten und der französischen Armee praktisch auf die Wiederherstellung des alten Militärbündnisses hinausläuft. Die Zusammenarbeit erfolgt in erster Linie auf dem Gebiete der Luftkräften und in diesem Zusammenhang sei an den Besuch des früheren französischen Luftministers Pierre Lot in Moskau und an den Besuch eines russischen Luftschwaders in Paris erinnert. Auch haben in letzter Zeit höhere russische Offiziere Frankreich aufgesucht, wobei sie von französischen Militärpersonen über die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Militärtechnik unterrichtet wurden. Außerordentlich bedeutsam soll auch die Rolle sein, die der französische Militärattache in Moskau spielt.

Die wahrnehmbare Außenpolitik der Hitlerregierung, die praktisch von dem russischen Emigranten Alfred Rosenberg geleitet wird, hat also dazu geführt, daß das erstarrte und industrialisierte Rußland, das seit dem Rapallo-Vertrag in denkbar besten freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland gestanden hat, heute durch die unverantwortliche und gewissenlose Kaitation der Hitlerpartei für einen europäischen Kreuzzug gegen Sowjetrußland, in die Arme Frankreichs geworfen worden ist. Auch in dieser Beziehung offenbart sich deutlich, daß das heutige Regime in Deutschland in seinen Auswirkungen antinational ist und die Interessen des deutschen Volkes aufs empfindlichste schädigt.

Außenminister Pierre Laval hat, wie wir soeben erlahren, mit dem polnischen Gesandten Chlapowski und dem russischen Geschäftsträger Rosenberga eine längere Unterhaltung gehabt. Obwohl über den Inhalt dieser Unterhaltungen kein offizielles Kommuniqué herausgegeben wurde, kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese Unterhaltungen zu ihrem Gegenstand den Text der bevorstehenden französischen Antwortnote an Polen über den Dypak hatte.

England überrascht

London, 24. November.

Die Londoner Presse ist im Gegensatz zur Pariser über die scharfe Sprache der jugoslawischen Note überrascht. So schreibt die „Times“, daß bei den verschiedenen Abordnungen in Wien die Ansicht herrsche, die Note Jugoslawiens gebe wesentlich mehr, als man dies für politisch klug halten könne. Auch die Sprache sei außerordentlich scharf, wodurch eine politische Beunruhigung eingetreten ist.

„New Chronicle“ behauptet, daß die jugoslawische Note noch im letzten Augenblick geändert worden sei. In der ursprünglichen Form erklärte Jugoslawien, daß wenn der Balkenbund nicht eintrifft, werde es sich gezwungen sehen müssen, im engsten Kontakt mit seinen Bundesgenossen selbständig zu handeln.



Für DEUTSCHLAND gegen HITLER

„Schweizer Informationen und deutsche Illusionen“

Hilfer hat das deutsche Volk gespalten

Die Luzerner „Freie Innere Schweiz“ schreibt in Nr. 271 in einem Artikel über die Saar folgendes:

„Nun steht fernher eine Tatsache fest: Bevor Hitler aus Austerlitz kam, gab es trotz Versailles Vertrag keine Saarfrage. Es hätte nämlich keine Propaganda für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes der Völkerbunds-Saargebietes gegeben, weil wohl über 95 Prozent der Bevölkerung der Vereinigung mit Deutschland als die natürlichste und beste Lösung wünschten. Aber jetzt ist im früher herbeigesehnten Vaterlande ein Herrscher eingezogen, der die Rückkehr in dieses Vaterland in diesem Momente als unheilvolles Wagnis erscheinen läßt. Wenn der Kaiser seine eigenen Kinder ins Konzentrationslager sperrt, sie recht und schuldig den irrsinnigsten Sabotagen preisgibt, den Hecker zum einzigen vollbeschäftigten Bediensteten, die Zelle zum bewohnten Raum des Hauses macht, wenn dieser Vater sich das Recht anmaßt, nach eigenem Ermessen und Urteil über das Leben seiner Hausbewohner zu bestimmen, und dieses „Recht“ auch ausübt, indem er in einer Nacht hunderte seiner bisherigen Freunde ins Jenseits befördert und sich dieser feigen Mordabschlachtung noch als einer besonderen Verdienst rühmt, angesichts solcher Taten werden sich die treuen Söhne befinden, ob sie in ein derartiges „Vaterhaus“ zurückkehren wollen, oder ob es nicht besser sei, abzuwarten bis dieser „Vater“ andern Sinnes geworden oder durch den noch gewaltigeren Tod unschädlich gemacht ist. In der Lage solcher Kinder befinden sich heute die Saareinwohner. Für sie heißt es nicht: Für oder gegen Deutschland, sondern die Frage lautet: Praktisch: Für oder gegen Hitler? Für Deutschland ist auch die Freiheitsfront, die gegen Hitler kämpft, ja sie verkörpert das bessere Deutschland, als jene Sklaven- und Knechtelangehalten, die den Stiefel untertänig leeren, oder sich geradezu nach der Peitsche sehnen, damit ihre Rücken und ihre Seelen ja das Rücken und Weigen nicht verlieren.“

Terror an der Saar

Das Nachrichtenblatt der Synagogengemeinden des Saargebietes schreibt:

Am 19. November, abends 5.45 Uhr, wurde ein Mitglied der Saarbrücker Gemeinde, der abstimmberechtigt ist, auf der Landstraße zwischen Haffel und Rohrbach von fünf Männern überfallen. Die Angreifer hielten sich mit antisemitischen Parolen auf ihn, misshandelten ihn schwer und traten noch den auf dem Boden Liegenden mit Stiefeln. Es ist bezeichnend, daß die Attentäter ihr Opfer mit Taschenlampen blendeten, um ihm die Möglichkeit einer Widererkennung zu nehmen. Es scheint sich also um einen wohlüberdachten und organisierten Überfall zu handeln. Der Verlethte erlitt eine Schädelverletzung gegen Unbekannt.

Von welcher Seite diese feige Tat unternommen wurde, geht ziemlich deutlich aus Zurechnen wie: „J u d. E m i g r a n t. S o m m u n i s t!“ und dergl. hervor. Es scheint, daß der Terror gegen die Juden an der Saar noch immer zunimmt.

„Niederschläge reichsdeutscher Saarpropaganda“

Unter dieser Überschrift liest man in den „Schweizerischen Republikanischen Blättern“ (Nr. 15):

Jüngst schrieb uns ein zürcherischer Student, Sprosse eines altzürcherischen Geschlechtes: „Die Saar ist unbedeutend deutschstämmig. Die seinerzeitige Abtrennung vom Mutterlande und die heutige Abtrennung waren wohl die bedenklichsten territorialen Bestimmungen des Gewaltfriedens von Versailles. Für das nationalsozialistische Deutschland ist das Bekenntnis zur Deutschstämmigkeit gleichbedeutend mit der Rückkehr zum Reich. Alles andere wird als separatistischer Verrat angesehen. Ein Erfolg in dieser Richtung wird jedoch gar nicht ernstlich erwogen. Die Rückkehr der Saar ist zu einem selbstverständlichen Begriff geworden. Kommt es wirklich anders, als man in Deutschland denkt, wird man vor einem unbegreiflichen Rästel stehen mit dem Gefühl, die erste Schlacht seit dem Weltkrieg verloren zu haben. Sich mit Gewalt zu helfen, was das Recht verläßt, wäre allerdings für gewisse Kreise in Deutschland verlockend. Daß dies aber die Absicht der Regierung wäre, ist bei aller Ueberpantheit und allem Größenwahnsinn deutscher Regierungspolitik doch nichts anderes als eine Greuelandwirtschaft. Denn neben allen andern Ueberlegungen, denkt die Regierung doch wenigstens so real, daß sie sich ihrer rüstungstechnischen Schwäche bewußt ist. Wenn man schon auf den günstigsten Moment zum Vorschlagen warten würde, so wird dieser nicht nur physikalisch, sondern vielmehr durch den Stand der Ausrüstung bedingt sein. Wohl rühmt Deutschland mit voller Kraft. Aber in anderthalb Jahren läßt sich die aus bald 16 Jahren Ausbildung und Ausrüstung resultierende Ueberlegenheit der französischen Armee nicht einholen. Wohl ist Deutschland heute infolge des militärischen Stilles in der Volkserziehung bei gleichzeitiger Ausschaltung jeder Kritik und jeder Abwehr eine große Gefahr für den Frieden, aber zum Geist gehören auch die modernsten Kriegsmittel und die wird es bis zum 18. Januar 1935 nicht haben.“

Der junge Herr besinnt, was ich ihm gern glaube, durch und durch Demokrat zu sein und er meint weiterhin bezeugen zu dürfen, in keiner Weise im Sinne nationalsozialistischer Ideologie zu stehen. Inzumerken ist sein tapferes Bemühen, deren Einflüssen nicht zu erliegen. Die ganz auffallende, so selbstverständliche ihm in die Feder fließende Ausdrucksweise der nationalsozialistischen Rhetorik zeigt aber doch, daß der Blitz eingeschlagen, wenn auch noch nicht gezündet hat. Man glaube bereits an den „Weltfrieden“, an das Verwerfliche, das Saarland vom „Mutterlande“ abzutrennen, an die Heimgehörigkeit aller Deutschstämmigen. Die Zurückzieher müssen trotz ihrer Deutschstämmigkeit nicht „heim“, weil die Preußen nach Zürich kommen. Der Friede von Versailles ist ein in jeder Hin-

Paris, 24. November.
(Von unserem Korrespondenten)

„Schweizer Informationen und deutsche Illusionen“, wie „Jour“ sie bezeichnet, weiß der Berliner Sonderberichterstatter dieses Blattes zu berichten. Danach messe die deutsche Presse einem Artikel der „Basler Nachrichten“ über die französische Saarpolitik große Bedeutung bei.

Diese Schweizer Zeitung wolle wissen, daß Frankreich Barthous' Plan fallen gelassen habe, wonach man der Saarbevölkerung die Möglichkeit geben solle, sich in einigen Jahren noch einmal, und zwar endgültig, für oder gegen die Rückkehr nach Deutschland zu entscheiden. Dadurch wäre es gewissen Kreisen der Saarbevölkerung, vor allem den Katholiken, ermöglicht, ihren politischen Neigungen zu folgen, ohne damit ein für allemal ihre nationalen Neigungen preiszugeben, mit andern Worten, in Scharen für den Status quo zu stimmen.

Eine Völkerbunds-Erinnerung

In der „Neuen Weltbühne“ (Nr. 47) schreibt Gemuth von Gerlach u. a.:

Seit dem Ende des Krieges befanden sich ständig französische Truppen an der Saar; sie sollten entfernt werden, das forderte die Gesamtheit der Deutschen immer dringender. Der Völkerbundsrat prüfte diese Forderung und sahte am 14. März 1925, nach einem Bericht des italienischen Vertreters Socialis, folgenden Beschluß:

Der Völkerbundsrat nach Anhörung des Berichts des italienischen Vertreters, der Bemerkungen des englischen Vertreters und der Erklärung des Präsidenten der Regierungskommission,

billigt erstens die Absicht der Regierungskommission, die Gendarmerie um 200 Mann zu verstärken;

erlaubt zweitens die Regierungskommission, ihm zur Prüfung einen Bericht über die Art und Weise zu unterbreiten, wie nach Entfernung der Truppen die Durchführung von Absatz 3 des § 9 der Anlage zum Friedensvertrag sichergestellt werden kann, wonach die Regierungskommission unter allen Umständen für den Schutz der Person und des Eigentums im Saarrevier zu sorgen hat. Die Regierungskommission hat bei der Ausarbeitung ihres Berichts mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auf Truppen zurückgegriffen wird, die außerhalb des Saarreviers stehen; bittet drittens den Generalsekretär, Abschrift dieser Resolution der deutschen Regierung zuzustellen.

In Ausführung dieses Beschlusses überreichte die Regierungskommission am 28. Januar 1926 dem Völkerbund den von ihr geforderten Bericht, über den der Italiener Graf Sotini-Longare am 18. März 1926 dem Völkerbundsrat referierte. Das Protokoll des Völkerbundsrats über diese Berichterstattung lautet:

sich schwacher, unüberlegter, erdumner Vertrag nicht wegen seiner paar vorgesehene Druckmittel auf den Erfüllungswillen des Vertragspartners, sondern wegen seiner für Frankreich, England und alle nicht-deutschen Vertragsparteien selbstmörderischen Liberalität und seiner totalen, geschichtlichen Voraussetzungslosigkeit. Daß man einen so durch und durch auf den Krieg verlassenen, nur vom Krieg träumenden und lebenden, draufgängerischen Landstroläcker, wie es die Preußen sind und bleiben werden und wozu sie die von ihnen unterworfenen eigentlichen Deutschen mitverleitet haben, die Kriegsmittel wegnimmt, das war ganz in der Ordnung. Leider war man auch darin schwach. Statt die Saar und Oberelben ein für allemal loszulassen und das Rheinland mit der Ruhr dazu, ließ man den Preußen das letztere und wichtige Kriegsflächengebiet und machte aus den andern zwei Dingen ständige Streitgegenstände und künftige Kriegsfragen. Wenn hinter allen Friedensverträgen von 1919 doch noch eine Intelligenz gesteckt haben sollte, dann war es die des Teufels, dargestellt in den Herren von der Kriegsindustrie, deren Einfluß einen Frieden wollte, der zu neuen Kriegen führen muß. In diesem Sinn sind die Friedensverträge zu befragen, aber während nicht wegen der Härte gegen Deutschland. Vergleiche man damit doch die deutschen Friedensverträge von Antares und Breu Witowit und die „Friedensziele“ des Matthias Erzberger von 1915 (Abtretung von ganz Belgien und Nordfrankreich, Abtreten aller französischen und englischen Kolonien, Besehung der gesamten französischen und britischen Handelsflotte, Anferlegung einer Kriegenschadigung von 250 Milliarden mit Erzeugung von Pfändern bis zur restlosen Begleichung). Gegen den Frieden, den ein siegreiches Preußen einem unterlegenen Frankreich und England diktieren hätte, ist der Vertrag von Versailles ein schäuderhafter Liebesbrief.

Beil der junge Compatriot an des nationalsozialistisch besessenen Reichens undenkbarer Unschuld glaubt und im Golde seiner Hirngespinnnen Köpfe das Gold heiliger Treue vermutet, glaubt er Germanien in dessen fortwährenden Bezeugungen der militärischen Inferiorität, Deutschland ist schlagbereit. Seine Lust- und Landmacht übertrifft diejenige Frankreichs um das Dreifache. (?? Red. der „D. N.“) Man kann nicht ein ganzes Volk monatlang dahin aufheben: „Die Saar ist unser und muß unter sein, kommt sie nicht, so holen wir sie“, um, wenn sie eben beschließt, nicht zu kommen, was höchst wahrscheinlich ist, plötzlich in gelassener Stimme und mit reißenden Händen zu sagen: „Das wegen dem Hoken war natürlich nur Drohung. Wir müssen jetzt halt verzichten. Es kam eriens anders, denn zweitens als wir dachten.“ Nein, nein, nein, die machen er u. s. Wenn nicht, dann verläßt der Nationalismus einer inneren Krise; denn dann ist so bald kein „gegebenen Ansehens“ zur Abreagierung noch anken mehr da.

Die meisten deutschen Zeitungen, eingedenk der neuerlich an sie ergangenen Befehle, Zurückhaltung und Mäßigung zu befolgen, begleiteten die Erklärungen des Basler Blattes mit vorsichtigen Kommentaren.

Nur der „Angriff“ sprach seine Gefühle mit größerer Deutlichkeit aus, indem er in der Überschrift sagte: „Frankreich bereitet schon den Verzicht auf die Saar vor.“

Gutinformierte französische Kreise, die es wissen müssen, sagen: der „Jour“ hat recht: bitterdeutsche Illusionen!

„Journal“ äußert sich zur Frage der Verfassung, die die Saar bekommen müsse, falls die Entscheidung für den Status quo ausfalle. Der Status quo sei tatsächlich die deutsche Souveränität unter Verwaltung des Völkerbundes. Der künftige Status quo sei die freie Saar mit eigener Souveränität unter dem Schutze des Völkerbundes.

Angesichts dieser Aufgaben, die ihr durch den Friedensvertrag übertragen sind, hat die Regierungskommission die Gewissheit gewonnen, daß sie, um „unter allen Umständen den Schutz der Person und des Eigentums im Saarrevier gewährleisten zu können“, unbedingt die Möglichkeit haben muß, jederzeit und unverzüglich Truppen anzufordern; die außerhalb des Saarreviers in der Nähe seiner Grenzen stehen. Diese Möglichkeit ist durch den Völkerbundsrat in seiner Entscheidung vom 14. März 1925 ins Auge gefaßt worden, und die Regierungskommission erachtet, daß sie aus den Bestimmungen des Friedensvertrages sich ergibt.

Im Bedarfsfall ist die Regierungskommission berechtigt, ohne Bezug und ausschließlich unter ihrer eigenen Verantwortung Militär heranzuziehen, das außerhalb des Saarreviers steht, um den Schutz der Person und des Eigentums innerhalb des Saarreviers zu gewährleisten, insbesondere wenn es sich um den Schutz der Minenanlagen und der Eisenbahnen handelt, deren ungehöriger Betrieb mit allen geeigneten Mitteln sichergestellt werden muß. Die Regierungskommission erklärt, daß nur die Möglichkeit des Rückgriffs auf Truppen außerhalb des Saarreviers ihr die Erfüllung einer der wichtigsten Pflichten gestattet, die ihr durch den Friedensvertrag auferlegt worden ist.

An diesen Bericht knüpfte das Protokoll nur einen Satz an, der hier folgt:

Der Völkerbundsrat nimmt Akt von dem Bericht der Regierungskommission und billigt die in dem vorstehenden Bericht von dem Vertreter Italiens daraus gezogenen Schlussfolgerungen.

Internationale Beschlüsse sind nicht immer Muster von Klarheit. Die beiden Resolutionen über die Heranziehung fremder Truppen zum Schutz des Saarreviers, die der Völkerbundsrat annahm, sind absolut eindeutig.

Als die Beschlüsse gefaßt wurden, war Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes. Am 14. März 1925 wurde in Genf ausdrücklich bestimmt, daß der deutschen Regierung von der Entscheidung über das Saarrevier Kenntnis zu geben sei. Die amtliche Mitteilung ist erfolgt. Sie wurde ihr in Berlin widersprochen. Hätte man damals die Entscheidung als begründeten deutschen Interessen zuwiderlaufend angesehen, wäre natürlich sofort ein amtlicher Protest erfolgt. Es wurde auch nicht protestiert, nachdem Deutschland 1926 in den Völkerbund eingetreten war. Jedes Jahr wurden im Völkerbund Saarfragen erörtert, aber niemals wurde die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse vom 14. März 1925 und vom 16. März 1926 angefochten. Erst jetzt läßt die deutsche Regierung durch die hochsitzige Deutsche Diplomatische Korrespondenz verhindern, daß „eine Besetzung des Saarreviers durch französische Truppen, unter welchen Umständen auch immer, eine Herausforderung nicht nur Deutschlands und eine Vergewaltigung des Abstimmungsgebietes“ wäre. Jetzt läßt sie in Paris, London, Rom und Brüssel durch ihre Botschafter und Gesandten Protest erheben, unter dem absurden Vorwand, eine solche Besetzung stände im Widerspruch zum Locarnovertrag — was übrigens belanglos wäre, wenn es zuträfe, da Genf über Locarno steht; wie einst Reichsrecht Landesrecht brach, hat der Völkerbundsvertrag gegenüber jedem Sondervertrag zwischen einzelnen Völkerbundsmitgliedern den Vorrang.

Aber der Einwand, den die deutsche Regierung macht, ist überhaupt falsch. Er ist eine heche Behauptung ohne jede Beweiskraft. Das Saarrevier wird vom Locarnovertrag gar nicht erfaßt und konnte von ihm auch gar nicht erfaßt werden, da es eine Angelegenheit des gesamten Völkerbundes ist, nicht etwa eine Angelegenheit der Vertragspartner von Locarno.

Die Polizei des Saarreviers reicht nicht aus, um bei ernstlichen Unruhen die Sicherheit zu gewährleisten. Das erkannte die Gesamtheit der Völkerbundsmitglieder 1926 an. Damals und in der folgenden Zeit hat das auch die deutsche Regierung stets durch ihr Schweigen zu dem Beschluß vom 16. März 1926 anerkannt. Durch die Macht ergreifung Hitlers ist die Situation an der Saar jedoch viel bedrohlicher geworden, als sie es 1926 war. Was den Nationalsozialisten an der Saar zugutragen ist, ergibt sich aus dem, was sich die Nationalsozialisten außerhalb des Saargebietes am 27. Februar 1933, am 30. Juni 1934 und am 25. Juli 1934 geleistet haben. Siebzehntausend in deutschen „Arbeitslagern“ militärisch ausgebildete Saarkreuzer sind keine quantität négligeable.

Der Fall Rakosi

Hitlerdeutsche Methoden

Zweien ist aus Budapest der Pariser Anwalt Marcel Willard zurückgekommen, der im Auftrag der Internationalen Juristischen Vereinigung bei den ungarischen Behörden für den nach Verbüßung einer achteinhalbjährigen Justizstrafe widerrechtlich weiter in Haft gehaltenen früheren Volkskommissar Rakosi intervenierte. Als Ergebnis dieser Reise liegt nun ein Bericht Willards vor, aus dem hervorgeht, daß der Fall Rakosi vom Standpunkt der in allen zivilisierten Ländern geltenden Rechtsgrundsätze einen verfallenen Fall darstellt. Rakosi wurde nach der Verbüßung einer achteinhalbjährigen Justizstrafe im Justizhaus Szeged nicht freigelassen, sondern am 24. April d. J. in das Budapestener Untersuchungsgefängnis gebracht. Dort hat man ihn eröffnet, daß er weiter in Haft bleibt, weil gegen ihn eine neue Anklage vorbereitet wird. Diese neue Anklage, berichtet Willard, ist, obwohl selber wieder sieben Monate vergangen sind, bisher nicht fertiggestellt. Man will dieselben Tatsachen, die zur ersten Verurteilung führten, nochmals aufrollen, um darauf eine neue Anklage zu gründen. Das ist ein so einseitiges Vorgehen, daß die Internationale Juristische Vereinigung gegen diese verwerfliche Verletzung der in der ganzen Welt geltenden Grundsätze des Strafrechts energisch gegen das Verhalten der ungarischen Justizbehörden protestiert.

Der Fall Rakosi ist ein Fall der Machtmacht. So viele Fälle des Justizterrors auch gegenwärtig die Öffentlichkeit erregen, so darf trotzdem die ungarische Nachahmung des deutschen Beispiels nicht unbeachtet bleiben.

Die Juden im Reich

Der „Wiener Anzeiger“ vom 6. Nov. berichtet über eine Rede des Oesterreichischen Abgeordneten Ritter in einer Versammlung der NSDAP, in der er sich u. a. mit der Judenfrage beschäftigte. Der Redner führte hierbei aus:

„Viele sagen, wenn der Nationalsozialismus die Judenfrage nicht aufgerollt hätte, wäre es besser für uns, dann hätten auch die Juden mit Ja gestimmt. Wir lehnen das ab. Die Judenfrage ist eine Frage von elementarer Lebensnotwendigkeit, von so großer Bedeutung für das deutsche Volk, daß sie durchgeführt werden muß bis zur letzten Konsequenz. Die Juden, die an eine Wenderung in der Haltung des Nationalsozialismus glauben, sollten sich vor Augen halten, was der „Führer“ für sich wieder gesagt hat: „Es kann für uns Schwierigkeiten geben und Hindernisse, aber niemals Kapitulation.“ Wir kapitulieren nicht, wir werden diesem Gegner ins Auge schauen, und im Vertrauen auf unser Recht werden wir den Sieg erkämpfen. ... Nachdem der Nationalsozialismus die Judenfrage aufgerollt hat, wird diese Frage nicht in Deutschland gelöst werden, sondern nur international. Es ist die Pflicht der deutschen Menschen, der Welt die Augen darüber zu öffnen, denn der Jude ist die Welsel der Menschheit. Dabei soll nicht verkannt werden, daß es auch manchen angesehenen Juden geben kann, aber sie haben alle denselben Ursprung. Bei dieser Betrachtung sollte sich jeder deutsche Volksgenosse fragen lassen: Wenn dir dein deutsches Volk lieb ist, dann unterstütze auch beim Einfall der deutschen Volksgenossen. Die deutschen Menschen aller Stände müssen zusammenstehen und zusammen arbeiten, einer für den anderen, da sie alle aufeinander angewiesen sind. Wir können nur dankbar dafür sein, daß bei uns in Deutschland die Judenfrage so durchgeführt wird. Deshalb wird die Judenfrage in Deutschland durchzuführen bis zum Äußersten. Wenn wir unser Volk in der Masse lauter halten, dann wird auch unser Weg als Staat wieder aufwärts führen.“

In der „Allgemeinen Viehhändler-Zeitung“ vom 9. 11. erschien eine Bekanntmachung der Viehhändlervereine für den Nea-Bez. Minden und das Land Pöppe e. V., in der ein Todesfall aus dem Kreise der Mitglieder bekanntgegeben wird. Im Anschluß hieran heißt es:

„Den durch diesen Todesfall fällt gewordenen Sterbegeldbeitrag von 6 RM für arische und von 10 RM für nichtarische Mitglieder rufen wir hiermit zur Zahlung auf.“

Die braune Hausdame

Vernünftige Richter und ein vorsichtiger Oberstaatsanwalt

In einer interessanten Entscheidung des Landesobergerichts Breslau wird festgestellt, daß die Anzeige eines polnischen in wahlberechtigter Heuer eines Familienmitgliedes im Familienkreise durch die Hausdame als Vertrauensbruch einen wichtigen Grund zur sofortigen Kündigung bilden kann. In der Entscheidung wird ausgeführt, daß die urdeutsche Auffassung vom sittlichen Wesen des Arbeiters, die im Geiste zur Ordnung der nationalen Arbeit zum Ausdruck kommt, in noch weit höherem Maße für die dienverhältnissen im Schoße der Familie gelte, wo enge Haus- und Tischgemeinschaft erhöhte Rücksichtnahme und vertieftes Wirken zum Wohle dieser Urzelle menschlicher und staatlicher Gemeinschaft erforderten. Die fragende Hausdame habe an einer angeblich bei Tisch gehaltenen Heuer eines Familienmitgliedes, der sie reaktionäre Gesinnung entnahm, Anstoß genommen und ohne Wissen des Hausvaters dem Vorgesetzten dieses Familienmitgliedes im ZH-Dienst davon Mitteilung gemacht. Nicht jedes harmlose Tischgespräch im engheren Familienkreise, wo jede vorübergehende Mißstimmung oder Verärgelung sich gelegentlich ausschwingt, sei für Ansehensschaden bestimmt, die etwa geneigt seien, aber nicht die Heuer auf die Goldwaage zu legen und ihnen bürgerliche Bedeutung beizumessen. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Meldung belangloses Gerede betraf. Die Klägerin habe leichfertiger ihre hohe Pflicht der Fürsorge und Treue für eine Familie, deren adelichem Ansehen sie in einer Vertrauensstellung zu dienen hatte, aufs Schwerste verletzt, um in unbedeutender Angelegenheit zu verbleiben. Die triviale Kündigung wegen angeblichen Vertrauensbruchs sei in diesem Falle durchaus berechtigt gewesen.

Zu dieser Entscheidung führt Oberstaatsanwalt Dr. Kruza vom Reichs- und preussischen Justizministerium in der „Deutschen Justiz“ aus, daß durch die Entscheidung selbstverständlich die Pflicht, einen staatsfeindlichen Menschen unabsichtlich zu machen und staatsfeindliche Heuerungen oder Handlungen zur Verfolgung zu bringen, wo auch immer man hiervon Kenntnis erlangt, in keiner Weise berührt werde. Mit Recht habe sich aber das Gericht gegen ein Ansehen gerichtet, das leichtfertig, egoistisch oder aus ionischen unpolitischen Gründen Anstoß erregt. Das Urteil sei als ein gutes Beispiel anzusehen, wie man eine unrichtige Urteilsfindung vermeiden kann. Die entscheidende Frage in jedem Falle besonders gelagert sein werde.

Göring prüft Richter



Was ist deutsche Rechtsquelle?
Der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933.
Was ist die größte deutsche Rechtsstat?
Der 30. Juni 1934.
Was ist Rechtssicherheit?
Die Sicherheit der Nazis vor dem Recht.

Korrupte Hitlerbonzen

Die tägliche Liste

Man schreibt uns aus dem Ruhrgebiet:

Ein Beamter des Selskirkener Wohlfahrtsamtes fuhr zusammen mit einer jungen Nazirise, die auf dem gleichen Amt angestellt war, in fröhlicher Zweisamkeit nach dem Schwarzwald. Es sollten Kinderheime besichtigt werden, um erholungsbedürftige Kinder armer Selskirkener Arbeitslosen unterzubringen. Die Herrschaften amüsierten sich in neudeutscher Sittlichkeit mit Rasenveredelung in den teuersten Hotels, und der Cavalier verbrauchte spätlich die ihm anvertrauten Wohlfahrtsgelder. Der „Volksgenosse“ wurde zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt.

Die „Hausverwaltung des Volkswillens“ in Selskirkener wie bei allen sozialistischen Einrichtungen in nationalsozialistische Hände über. Der neue Verwalter, der auch mit der Winterhilfe und anderen Wohlfahrtsaufgaben zu tun hatte, unterrichtete ihm anvertraute Wohlfahrtsgelder und die von ihm eingezogenen Mieten. Als es ihm zu heiß wurde, entnahm er dem Geldschrank weitere 6000,- Mark Wohlfahrts- und Mietgelder und ging in die „Emigration branner Krimineller“. Von Frau teilte er per Postkarte mit, daß es ihm gut gehe, man brauche sich um ihn keine Sorge machen. Er hat sich von dem geklauten Geld ein Blaarenschiff gekauft.

In einem Selskirkener Wohlfahrtsbezirk wurden für einen katholischen Rektor und einen sozialdemokratischen Funktionär zwei Nazis Wohlfahrtspfleger. Die eine Herde des Dritten Reiches war des Schreibens und Lesens so aut wie untundia. Der „alte Kämpfer“ mit Stuhlbeinen konnte nicht einmal einen Antrag ausfertigen und war außerhande die einfachste schriftliche Arbeit zu leisten. Nach vielen vergeblichen Versuchen mußte er, der ein Spottartikel des Wohlfahrtsamtes war, ausgeschaltet werden. Sein mit ihm in das öffentliche Leben gekletterter Kamerad war gefährlicher. Er war ein Unhold und mißbrauchte sein Ehrenamt als Wohlfahrtspfleger zu Gewalttaten und unästhetischen Anriffen gegen von ihm zu betreuende Frauen. So erschien er in der Wohnung eines Fürsorgeempfängers seines Bezirks in total beloffenem Zustand. Die Frau, mit der er zu verhandeln hatte, versuchte er zu ver-gewaltigen. Sie setzte sich zur Wehr und schrie um Hilfe. Der Unhold brüllte: „Na, warte, ich komme gleich mit dem Revolver zurück“ und verschwand. Nach einigen Minuten war er tatsächlich zurück und verletzte den im

Nebenzimmer krank liegenden Ehemann durch Anstöße und die Frau durch Revolvergeschüsse. Nachbarn mußten den Unhold bändigen. Er erhielt zwei Jahre Gefängnis.

Die Nazis verleben den schlechten Eindruck zu verwischen, indem sie still und leise die wegen nationaler Unzuverlässigkeit herausgeworfenen Marxisten zur Wiederaufnahme der ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege veranlassen. Dabei wird sogar ein Tret zur Wiederaufnahme des Amtes aus-gelbt. Freiwillig haben die Genossen und Genossinnen natürlich keine Lust, mit den Nationalsozialisten zusammen-zuarbeiten und ihnen den Karren aus dem Tret zu ziehen. Außerdem werden die wirtschaftlichen Verhältnisse immer schlechter, die Stimmung der Menschen wird immer ver-zweifelter. Es ist unter diesen Umständen keine Ge-nugung, Wohlfahrtspfleger zu sein, die Ausbühne der Verzweiflung über sich ergehen zu lassen und dem Staat der deutschen Schande Hilfe zu leisten.

Er fällt unter die Amnestie

Aus Köln wird berichtet:

Einen unerwarteten Ausgang nahm ein Strafprozeß, in dem der Angeklagte, der eine propagandistische Funktion im zivilen Aufstand ausübte, wegen Unterschlagung angeklagt war. Der Angeklagte hatte den Vertrieb der Zeitschrift „Sirene“ übernommen. Bei der Abrechnung ergab sich ein Reibbetrag von etwa 900 RM. Infolge einer Organisationsänderung war die Verrechnungshilfe dem Angeklagten angeblich einige Zeit unbekannt geblieben, und er verbrauchte von den eingenommenen Geldern den Betrag, der ihm als Provisionssatz vermeintlich zustand. Der Staatsanwalt erblickte in diesem Verhalten eine volk-schädigende Untreue nach § 206 Abs. 2 StGB, und beantragte eine Justizstrafe von einem Jahr und vier Monate. Das Gericht sprach sich indessen für eine Verlesung aus, und verurteilte die Haftentlassung des Angeklagten bis zur weiteren Verhandlung, in der neue Zeugen vernommen werden sollten.

Auch in der zweiten Verhandlung hielt der Staatsanwalt an seiner Anklage fest und beantragte eine Mindeststrafe von einem Jahr Justizhaus bei Erlass eines Haftbefehls. Das Gericht vertrat jedoch die Auffassung, daß dem Angeklagten eine Verbesservorsicht zugezogen habe und daß in diesem Zusammenhang nur eine Unterschlagung von 200 bis 400 RM vorliege. Hierfür läme höchstens eine Verstrafung von sechs Monaten in Frage, die unter die Amnestie falle. Das Verfahren wurde infolgedessen einstellt. Dafür werden Idealisten, die ihrer sozialistischen Ueberzeugung treu bleiben, auf Jahre ins Justizhaus gesteckt.

Nasen und Fasanen

Weihnachtsbraten des deutschen Erwerbslosen

Zu dem Aufruf des Reichsjägermeisters über die Beteiligung der deutschen Jäger an dem Winterhilfswerk 1934-35 hat der preussische Ministerpräsident als Vetter der Landesforstverwaltung einen Erlass an die Landesforstmeister gerichtet. Er bringt darin den Aufruf des Reichsjägermeisters zur Kenntnis und bestimmt für die preussischen Staatsforsten, daß in der Woche vom 9. bis 15. Dezember der Hauptabschnitt des zum Abbruch freigegebenen Wildes erfolgen soll. Den einzelnen Kreisverwaltern wird es zur besonderen Pflicht gemacht, daß von den Staatsrevierern in der genannten Winterhilfswoche Wildbret in so umfangreicher Zahl an das Winterhilfswerk zur Ablieferung gelangt, daß damit auch tatsächlich eine einschneidende Wirkung und Hilfe für die armen Volksgenossen erzielt werde. Die Staatsreviere haben, wie der Ministerpräsident bestimmt, beispielsweise in der Aktion voranzugehen. Der Ministerpräsident betont ausdrücklich, daß sämtliches Wild, also auch Niederwild (Hasen, Fasanen usw.) zur Ablieferung gelangt. Er schließt mit der Feststellung, daß mit diesem Schritt die preussische Landesforstverwaltung ihre enge Verbundenheit mit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft beweise.

Es ist demnach nicht daran zu zweifeln, daß die deutschen Jäger, vor allem die Erwerbslosen, zu Weihnachten Hasen und Fasanen speisen werden.

Nur die Nazibonzen, besonders aber Rametta-Dermann, werden darben.

Das le'z'e Hemd vom Leibe

Aus einem Deutschlandbericht:

In mittelhändischen Handwerkerkreisen wächst die Unzufriedenheit mit dem Regime ständig. Als Paa, aus diesen Kreisen geben selbst zu: Die ziehen uns noch das letzte Hemd vom Leibe. Starke Unruhe herrscht gerade in diesen Kreisen wegen der jetzt bereits spürbaren Anspannung verschiedener Artikel, wie bestimmter Seifenarten, Kontinenterung der Metalllieferung und die Werke, Schwierigkeiten im Zuckrohrhandel wegen Lieferungen im nächsten Frühjahr.

Keine „Bevorzugung“

Wenn „alte Kämpfer“ befördert werden

Der Staatssekretär im Reichspostministerium, Dr. Ehne-sorge, hat vor Beamten Ausführungen zur Vorrang-Beförderung der alten Kämpfer bei der Deutschen Reichspost gemacht, die zugleich die grundsätzliche Notwendigkeit dieser Aktion begründen. Der Staatssekretär erklärte, daß für die Förderung der nationalsozialistischen Ziele eine Organisation notwendig sei, die in der alten, bürokratisch aufgebauten Form der Deutschen Reichspost nicht gegeben war und die erst geschaffen werden mußte. So sei es zu den Vorrang-Beförderungen gekommen, die durchaus keine Be-vorzugung darstellten, sondern eine staats-politische Notwendigkeit.

Feste! Los!

„Die Diktatur des Hausknechts“

Das große Vorbild bleibt Victor Hugo. Als der Staatsrecht des 2. Dezember 1851 den schmutzigen Emporkömmling samt seinen schmutzigen Kreaturen zur Herrschaft gebracht hatte, machte der französische Nationaldichter es nicht wie Gerhart Hauptmann, der flugs seine bessere Vergangenheit gleichschaltete und zum Worstkessel-Lied die Rechte gründend hebt, nein! er brach entschlossen alle Brücken hinter sich ab und ging ins Exil, um gegen das Regime des dritten Napoleon Krieg zu führen, Krieg in gebundener und ungebundener Rede, Krieg im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit, Krieg ohne Ermatten und Gnade — achtzehn lange Jahre hindurch. Sein Versband „Les Chatiments“, auf deutsch etwa „Die Peitschenhiebe“, war die grausame Abrechnung eines großen Poeten mit einem kleinen Abenteurer; wie viele dieser Strophen, die 1930 noch als Literatur wirkten, sind seit 1933 wieder Leben geworden! Auf der gleichen Linie wie die „Chatiments“ liegt, soeben im Verlag „Les Associes“ zu Brüssel erschienen, Alfred Kerrs „Die Diktatur des Hausknechts“; als Vers- und Prosa-Band, als Stützung widerlichen Gesindels, als Manifestation des Geistes, der nur außerhalb der Grenzen des „dritten Reiches“ zu atmen vermag, neben Heinrich Manns „Der Haß“, das einprägsamste, das erfrischendste Werk der deutschen Emigrantliteratur.

Nur der Titel — „Diktatur des Hausknechts“? Wäre der „Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten“ nicht dem Schicksal aller Gewerkschaften verfallen, er würde sich zum Protest erheben, denn wie kommt ein ehrenhafter Beruf wie der des Hausknechts dazu, als Vergleich mit den verlogenen Hochstaplern und den blutbesudeltsten Banditen der Weltgeschichte herangezogen zu werden? Aber so hat Kerr es gar nicht gemeint. Um in einer Kritik über den „Sturmgesellen Sokrates“ Sudermanns zu zeigen, welche ein Widerspruch zwischen einem solchen volkerziehenden Thema und der Person dieses Theaterschriftstellers“ bestehe, sagt er, vor Jahren einmal, drei Gleichnisse hin: „Was würde man denken, wenn ein Gerichtssekretär sich mit einem Rechtsphilosophen verwechselte? Wenn Oberkellner als öffentliche Erzieher aufträte? Wenn Bezirksvorsteher napoleonisch blickten? „So wenig wie er damals den Gerichtssekretären und Bezirksvorstehern zu nahe treten wollte, so wenig denkt Kerr daran, mit dem Titel seines Buchs die Hausknechte herabzusetzen. Ein Hausknecht als Hausknecht — wackerer Mann! Aber ein Hausknecht als Diktator, und zwar auf Grund seiner Hausknechteigenschaften — das ist etwas anderes.

Als Ferdinand Kürnberger um 1866 herum zu den Tagesereignissen das Seine im Wiener Feuilleton sagte, rechtefertigte er sich: „Ich schreibe den Theaterbericht der österreichischen Tragödie“. Ähnlich dürfte Kerr, der als Bühnenkritiker seinen europäischen Ruhm begründet hat, darten, daß er nur bei der Stange bleibt, wenn er das schlechte Rüpelstück „Deutschlands Erhebung“ und seine miserablen Komödianten rezensiert. Aber er hat solche Rezensierung nicht nötig. Seit je war ihm Theaterkritik nicht Selbstzweck, sondern Vorwand, auszupacken, was immer er auf dem Herzen hatte, denn er gehört zu den wenigen begnadeten Geistesmenschen Deutschlands, die nicht im Elfenbeinturm hockten und ihren Nabel bestarrten, sondern mit seinen eigenen Worten zu reden, einen lachend leidenschaftlichen Anteil an der Erneuerung menschlicher Dinge nahmen. Immer kurbettelte er auf seinem Pegasus um die Vorhut der Menschheit, immer fühlte er sich als Vorwärtspeitscher der Entwicklung am wohlsten, und statt mit den Jahren und Jahrzehnten ruhiger, betulicher und anpassungsfähiger zu werden, wurde er stets rescher und deftiger, stets kühner und kesser. Davon zeugt auch „Die Diktatur des Hausknechts“ mit den Beiträgen aus jenen Jahren, da die braune Schlammflut erst heranrollte. Nicht umsonst heißt dieser Teil „Die vergebliche Warnung“, denn immer wieder suchte er in Feuilletons und Radio-Vorträgen die sanft schlummernde Republik durch Rippenstöße auf die Beine zu bringen und rief unermüdet zur Einigung der Republikaner gegen den gemeinsamen Feind auf:

Nachgiebigkeit? Im Zeitenstrom
Bleibt sie ein malmiges Symptom.
Euch fehlt die Kraft zum Stoß.
Pufft mal die Republik grob
An ihren schlappen Schlummerkopp.
Feste! Los!

Darum haßten ihn die „Fakalozialisten“ unterm Hakenkreuz und setzten ihn auf ihre Achtungliste. Unvorstellbar, was die Folterknechte Görings mit ihm angefangen hätten,

Die Führersgattinnen - mondän

Blick in die „Neue Linie“

Die „Neue Linie“ ist eine reichsdeutsche Damenzeitschrift, in der große und kleine Abendkleider mit und ohne Breitenschwanzmäntel aufs wärmste empfohlen werden, in der rieselnde Spitzenfischüs, schnittige Autos und Rivierreisen eine große Rolle spielen. Das mondänste vom Mondänen also. Zu den „Dingen, die man haben muß“, gehören Orchideen in eigener Zucht, Abendblusen aus Lamé und Armspangen aus Silber oder Bronze, die sich an altermanische Formen anlehnen. Die Leser der „Neuen Linie“ reisen, wie man aus der Zeitschrift erfährt, im Winter nach Valdemosa oder Miramar, Menorea oder Ibiza, sie wohnen in Meran im Grand Hotel Bristol, in Rom im Hotel Atlantic, in Lugano, in Lausanne, in Ragusa — überall im ersten Hotel am Plage.

Und was für Leute lassen sich für die „Neue Linie“ fotografieren? Wessen Porträts erscheinen da? Nun, wie sich gebührt, die Bilder von Filmstars, Sportgrößen und Generaldirektoren. In der letzten Nummer sah man zum Beispiel Jean Erich Niemann, Gattin des Direktors der Mannesmann-

wäre er ihnen in die Klauen gefallen. So mußten sie sich zähneknirschend damit begnügen, seine Bücher dem Scheiterhaufen zu überantworten, sein Eigentum zu stibigen und ihm die Staatsbürgerschaft abzuerkennen — er quittierte mit munteren Versen, die länger dauern werden als jener lächerliche Urteilspruch:

Die haben die Stirn, nach fred... Verbrechen
Andren das Deutschtum abzuspochen.
Sie gaben Mürdern den Fingerzeig.
Förderten Greuel und leugneten feig.
Sie graben der deutschen Ehre das Grab.
Drum sprech ich ihnen das Deutschtum ab.

Von der ersten bis zur letzten Zeile ist „Die Diktatur des Hausknechts“ köstlich als Pamphlet der Pamphlete. Einer, der immer aus klaren Augen in die Welt schaute, sieht auch hier klar, was die sogenannte Erhebung Deutschlands ist: tiefste Erniedrigung, einer Volksübertreibung durch plumpe Gewalthaben, ein Gemisch menschlicher Roheit mit grundsätzlicher Lüge, die Wiedergeburt von Rechtlosigkeit und Erbarmungslosigkeit. Wie nur so schwingt er die Geißel eines schmissigen Stils, von dem blutige Striemen zurückbleiben. Er läßt den Anführer sprechen — zu den Angeführten:

Mich hat ein malmiger Mittelstandsgott
Zum Macher auserlesen —
Ich tätige einen Totalbankrott.
Wie keiner dagewesen.
Ich rede Quatsch; die Spucke voll Speck;
Das Volk hört zu mit Rührung;
Denn nie kam Deutschland so in den Dreck
Wie unter meiner Führung.

Und seit Heinrich Heine über das klägliche Haupt des Herrn Wolfgang Menzel in Stuttgart die Ehrlosigkeit, die Infamie aussprach, kannte die deutsche Literatur keine so erbarmungslose Exekution wie jene, die Kerr hier an Gerhart Hauptmann vollzieht — blutenden Herzens, denn ein ganzes Menschenleben lang war er der Freund, der Wegbereiter, der Ruhmestrompeter des „Weber“-Dichters.

Das Niederziehendste ist für Kerr „nicht, daß Grauenhaftes geschieht, sondern daß fünfundsechzig Millionen es mit ansehen; es in Kauf nehmen; einstecken; jede Lumpentat mitmachen“, das Erstaunlichste bleibt ihm „nicht der Hitlerismus, sondern der Eindruck, den zu machen man ihm erlaubt“. Wie die republikanischen Parteien in Deutschland angesichts der braunen Pestgefahr zagten und zauderten, so gewahrt der Dichter jetzt voller Entsetzen die Untätigkeit der demokratischen Staaten:

Deutschland verrottet und verrotet,
Die Luft von Giften schwül und schwer.
Das Blutrecht herrscht. Dem Erdball droht
Der dunklen Urzeit Wiederkehr;
Man schärft das Beil zum großen Streich
Im Dritten Troglodytenreich;
Schon stetzt vor „Staffeln“ und „Standarten“
Der Mordbandit, der braune Widt;
Die andren flüstern, wägen, warten —
Und rühren sich nicht.

Bereit man sich nicht „mit der neuen, starken, ethischen Politik“, so ahnt Kerr für Europa den Anbruch einer Epoche, die der römischen Kaiserzeit verdammt ähnlich sieht: „mit wechselnden Diktaturen, dunklen Bandenführern, unüberschaubarem Chaos“. Trotz allem glaubt er an die Heraufkunft einer Zeit, da, wie es Karl Marx in der „Inauguraladresse“ von 1864 verkündet hat, „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen“ sein werden.

Börne, vor hundert Jahren als Emigrant im selten Paris lebend, spottete bitter: „Französisch werde ich schon rasch lernen, aber wie fange ich es an, Deutsch zu vergessen“. Nicht so Kerr. Zwar grüßt er, wie sein Daseinsgefühl in dieser apokalyptischen Zeit unverändert stark bleibt, auch auf diesen Blättern seine alte Liebe Paris, Stadt, „die von Göttern und Menschen geliebt wird, der die Kraft ist; Ringende glücklich. Glückliche glücklicher zu machen“, aber zugleich bricht aufrichtigste, schmerzlichste Liebe zu Deutschland durch. Ja, im Grunde ist das ganze Buch auch an den Stellen, wo der Haß gegen „die Blutschmarotzer, die Machtflückerer, die Folterer, die Hepp-Hepp-Hunde“ in Weißglut aufsprüht und gerade dort, ein klingendes und beschwingtes Bekenntnis zu dem Deutschland, das sein wird.

Karl Max.

Der Angstjübel

Von Erich Weinert

Sie saßen auf sechshundert Stühlen
Im Halbkreis um ihn herum
In Logen und Vestibülen,
Sein Applauditorium.

Ein Ring von schwarzen Gendarmen
Umspannte mit eisernem Blick
Und schwerbewaffneten Armen
Die treuen sechshundert Stück.

Es waren da leere Stühle,
Es fehlten so einige nur,
Und außerdem war eine Schwüle,
Doch nicht von der Temperatur.

Und jedesmal, wenn das Geschwäoge
Des Führers zum Donner schwall,
Dann sahn sie die leeren Plätze,
Da brüllten sie alle wie toll.

Sie mußten sich so gebärden,
Die schwarze Armee paßte auf.
Es wollte sich keiner gefährden
Den weiteren Lebenslauf.

Es waren gemischte Gefühle,
Die Treue ist auch kein Kitt,
Denn, ach, die leeren Stühle,
Die brüllten ja auch einmal mit.

Wer weiß, wer bei nächsten Putsch
Einen leeren Stuhl hinterläßt!
Es ist eben alles im Rutschen,
Und da steht keiner mehr fest.

Wer weiß, wie noch alles geschoben!
Vielleicht sind beim nächsten Tumult
Die leeren Sitze da oben;
Und ein neuer Chef steht am Pult!

Film in Paris

(Stenokritiken)

I.
Rein französischer Film: „Angèle“. Erdacht von einem Franzosen; verfilmt von einem anderen Franzosen; gespielt von lauter Franzosen.

II.
Jean Giono schrieb: „Ceux de Baumugue“ — den Roman der guten Menschen und eines Bösewichts.

Der Bösewicht verführt (gemeinerweise) die Tochter eines Landmanns; macht sie zum Straßenmädchen in Marseille. Aber der treue, redliche, junge Albin heiratet sie trotzdem — samt ihrem Kindchen von unbekannter Herkunft. Und Vater verzeiht.

Vater spricht allerdings zuvor: „Ich... hatte eine Tochter!“ Doch sonst ist es unpathetisch; ehlich; hübsch.

III.
Hübsche Heimatkunst. Das mittägliche Frankreich erhebt: Volksgestalten; Landschaft; Sprache. (Das drollige, doch scheinliche Südfranzösisch.)

Und weil Pagnol Unternehmer des Ganzen ist: (der Dramatiker von Marseille, welcher den „Goldenen Anker“ oder „Marius“ und seine Fortsetzung, „Fanny“, fürs Theater schrieb); so wird alles mehr ein verfilmtes Sprechstück als ein sprechendes Filmstück.

Also hübschen ausgedehnt. Aber, wie gesagt, sehr wacker und ohne Mägen.

IV.
Dies geht so weit, daß zur Darstellerin des Landmädchens keine Schönheit genommen wird, kein Lilienmilchplakat, keine Ansichtskarten-Marseillerin; sondern eine ganz ungeleckte, kenzeichnende Person; das unerschrockene Fräulein Demazis. Kurz: ein ehrenwerter französischer Heimatfilm — vorwiegend für Franzosen. Doch nicht nur für Franzosen.

Sowjet-Schriftsteller in deutscher Sprache

Im Verlag ausländischer Arbeiter erscheint in deutscher Sprache eine Reihe Bücher von Sowjetschriftstellern. In nächster Zeit erscheinen die ausgewählten Werke von Gorki in sechs Bänden. Die Bände: „Unter fremden Menschen“ und „Die Mütter“ sind bereits erschienen, „Das Werk der Aramonows“ und „Die Kindheit“ erscheinen noch in diesem Jahr. Die weiteren zwei Bände der Werke von Maxim Gorki erscheinen Anfang 1935.

Der Verlag gab das Buch von Awdeenko „Ich liebe“ und „Der Pfad der Samurai“ von Rubinstein heraus. In nächster Zeit erscheint der Roman „Das Wasserkraftwerk“ von Maïette Schaginjan, „Mit festem Schritt“, der dritte Teil des Romans von Panferow „Bruski“ und „Der zweite Tag“ von Ilja Ehrenburg. Vorbereitet zur Herausgabe wird der Roman von Gladkow „Energie“.

Im Portefeuille der Leningrader Abteilung des Verlags befindet sich eine Anthologie der Sowjetlyrik. Die Anthologie enthält Gedichte von Majakowski, Assejew, Besymenski, Sharow, Prokofjew, Tichonow, Kornilow u. a. Die Uebersetzung ins Deutsche stammt von Hugo Huppert, Olga Halpern, Streit und Jannsen. Umfang des Sammelbuches 15 Druckbogen. Das Buch soll Anfang nächsten Jahres erscheinen.

Das Beelineer Theater

Die Stadt Berlin hat den Gebäudekomplex in der Charlottenstraße, zu dem das derzeit vom Kulturbund Deutscher Juden gepachtete „Berliner Theater“ gehört, für 100 000 Mark erworben. Der ganze Gebäude-Komplex soll abgerissen werden, um die Errichtung von Großgaragen zu ermöglichen. Hierzu teilt die Intendanz des Kulturbundes Deutscher Juden mit, daß der Kulturbund sowohl vertraglich wie haupolizeilich zunächst bis zum Ablauf dieser Spielzeit das Recht hat, seine Theateraufführungen fortzusetzen.

Aus dem Zellengefängnis

Otto von Corvin

Briefe aus bewegter, schwerer Zeit 1848-1856

Zu den interessantesten Gestalten der Revolution von 1848 gehörte Otto von Corvin. Er wurde 1812 in Gumbinnen in Ostpreußen als Sohn eines Postdirektors geboren. 1830-35 diente er als preussischer Leutnant erst in Mainz, dann in Saarlouis. Nachdem er seinen Abschied genommen, nahm der geistig vielseitig interessierte junge Mensch an den Bewegungen des Vormärzes lebhaften Anteil — als leidenschaftlicher Republikaner und Demokrat. 1848 kämpfte er in den Reihen der Aufständischen in Baden. Im Mai 1849, als die Gegenrevolution die Oberhand gewann, verteidigte er als Bürgerwehroberst Mannheims die Stadt gegen die Preußen. Als Chef des Generalstabes suchte er dann die Festung Rastatt zu halten. Nach ihrer Uebergabe wurde er standrechtlich zum Tode verurteilt, kurz vor der Erschießung zu sechsjähriger Festungshaft begnadigt.

In seinen „Erinnerungen“ schildert er, wie diese Begnadigung eintraf, als schon alles für die Erschießung vorbereitet war. Diese sechsjährige Festungshaft hat er bis zur letzten Stunde abbüßen müssen. Er hat in diesen Jahren viel gelitten. Aber liest man die Briefe, die er an seine Frau geschrieben hat, so wird man finden, daß der damalige Strafvollzug (für einen Rebellenführer, der mit der Waffe ergriffen wurde!) immer noch human war, verglichen mit den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern, in die achtzig Jahre später das „dritte Reich“ seine Gesinnungsgegner sperrt. Wir veröffentlichten eine größere Anzahl der Briefe Corvins. Sie sind seinem längst vergriffenen, 1884 erschienenen Buche „Aus dem Zellengefängnis“ entnommen. Es sind menschliche Dokumente von tragischer Größe und mit bemerkenswerten Einblicken in die politische Situation nach 1848 darunter. Vor allem den Briefwechsel mit seiner Frau wird jeder Mitfühlende mit tiefer Anteilnahme lesen.

Otto von Corvin hat nach seiner Entlassung eine vielseitige schriftstellerische Tätigkeit ausgeübt. 1861 erschienen seine vierbändigen „Erinnerungen“. Die Reihe seiner Geschichtswerke ist lang. Am bekanntesten ist er durch den „Pfallespiegel“ geworden, der in den weltanschaulichen Kämpfen der Vorkriegszeit eine gewisse Rolle spielte. Im Jahre 1886 endete sein reiches und abenteuerliches Leben.

7. Fortsetzung

Corvin berichtet seiner Frau

Rechts vom dritten oder vierten Hause hielt ich — glaub' ich war zu Pferde — und stieg einige Stufen hinauf in einem Tabakladen. In diesem fand ich eine hübsche, weiße Frau, welche ein braunes, ein Mullattenkind, auf dem Arm trug. Ich wußte nicht, was ich davon denken sollte, als der Kaufmann, der Mann der Frau und zwar ein Neger kam und mir die verlangten Zigarren gab. Du weißt, daß meine Träume einzutreffen pflegen, deshalb erzähle ich Dir diesen. Wo werde ich diesen Laden finden? Es sieht mir dies ganz amerikanisch aus! — . . . — Daß mich die Preußen zum Tode verurteilen und endlich ins Zellengefängnis setzen würden, davon habe ich mir aber nie etwas träumen lassen.

Eigentümlich ist es, daß mir jetzt die Vergangenheit so außerordentlich klar vor der Seele steht und Dinge, die ich längst vergessen hatte, tauchen wieder auf. Ja was vor dreißig Jahren und länger geschah, sehe ich ganz deutlich und alle Personen, die mich damals umgaben stehen vor mir. Die nächste Vergangenheit sehe ich weit unklarer. Ich sollte jetzt eigentlich meine Lebensgeschichte schreiben. Sie ist doch gar bunt und des Komischen, Romantischen und Abenteurlichen ist sehr viel darin. Doch für wen sollte ich sie schreiben? — Für Dich? Du hast ja die seltsame Eigentümlichkeit nie zu lesen was ich schreibe. Für mich ist's nicht der Mühe wert und drucken wird's niemand. Es gehe indessen doch ein interessantes Buch, besonders wenn ich es mit Muße schreiben und meinem Humor die Zügel schießen lassen kann.

Die pikantesten Dinge müßte ich freilich verschweigen und meine Mainzer Aventuren habe ich fast vergessen, denn da sehe ich den Wald vor lauter Bäumen nicht. In Mannheim wurde ich recht an meine Jugendzeit erinnert. 1831 machte ich mit dem General v. M. und seiner Familie eine Rheinreise. In Mannheim waren wir bei dem General von Stockhorn. Man hielt mich, ich weiß nicht warum, für sehr reich und machte mir den Hof. General v. Stockhorn führte mich durch die Ställe der Dragoner, zeigte mir die von ihm protegierte Schwimmanstalt und abends tranken wir bei ihm den Tee. Er wohnte im Schloß und gerade in den Zimmern, die ich während der Revolution bewohnte! In dem Zimmer mit den roten Seidentapeten, in welchem ich schlief, war der Teetisch serviert. Wir junges Volk gingen indessen in einen mit schönen Gobelins gezierten Saal, in welchem ein Fortepiano stand. — Jetzt lagen Gewehre darin und mein Adjutant hatte darin sein Büro. — Damals tanzte ich dort rasend mit — sieben der schönsten Mädchen von Mannheim. Drei oder vier Fräulein Stockhorn und drei Fräulein Berlichingen. In Leonore B. war ich schrecklich verliebt, — und alle sieben waren recht freundlich gegen mich, denn das sind nun über achtzehn Jahre her und meine Backen waren noch nicht so eingefallen wie heute. — Einige Tage darauf fuhr ich mit dem General v. M. vier Rappen von Heidelberg allein zum Ball nach dem Mühlauer Schlößchen, von Stockhorn eingeladen. Mit Leonore B. tanzte ich den ersten Walzer und noch zwei Tänze. Ich war sehr eifersüchtig auf einen Adjutanten des Generals von St. Ich hatte die Ehre die alte Exzellenz zur Tafel zu führen. Ich trank viel Champagner und Du kannst denken was ich für tolles Zeug schwatzte. — Jetzt war ich wieder im Mühlauer Schlößchen! Das war ein anderer Ball! Ich ließ mit Zwölfpfündern aufspielen. Im Saale tanzte die Volkswehr nach einem verstimmt Klavier und gelegentlich pfliffen die Kugeln dazwischen. Was hat sich in den 19 Jahren nicht alles verändert! Leonore ist wohl Großmutter und ihre jüngste Schwester, die damals 15jährige, schwarzhaarige hübsche Charlotte — jetzt eine alte Jungfer! — Und was bin ich? — Damals dachte ich nicht an das Zuchthaus in Bruchsal! — Gute Nacht!

Dienstag, den 18. Dezember. Seit dem 8. ist die Korrespondenz wieder gestattet und ich habe noch keinen Brief von Dir, obwohl Du es von Held wußtest. Du wirst mir zwar nichts Erfreuliches zu schreiben haben; allein ich erfahre doch wie es Dir geht und was Du treibst und hätte doch ein Zeichen davon, daß es in der Welt noch Menschen gibt, die mit Liebe an mich denken. — Wenn man sich weder schreiben noch sehen dürfte und ich sieben Jahre hier sitzen müßte! — Schon bei diesem Gedanken könnte man den Verstand verlieren! Käme ich dann aus dem Gefängnis, dann würde mich Jeder als eine befremdliche Erscheinung anstarren; selbst Denjenigen, denen man am nächsten stand, würde man ein

Fremder sein, während die ganze Denkkraft des armen Gefangenen sich an die Personen klammert, welche er liebt und die ihm deshalb nicht fremd werden können. Nicht meinen ärgsten Feind würde ich so lange auf diese Weise einsperren; das ist schrecklich. — Wenn mir manchmal der Gedanke kommt, daß man mich doch die ganze Zeit hier sitzen lassen wollte — ich darf gar nicht daran denken! —

In drei bis vier Wochen, sagte mir Herr Arnold, würde wohl das Sprechzimmer fertig sein. Ich habe doch gar große Sehnsucht danach Dich zu sehen. Wenn Du aber einmal kommen willst, so überrasche mich nicht, sondern schreibe es mir eine Weile vorher, damit ich etwas Bestimmtes habe, was ich erwarten und worauf ich mich freuen kann.

Wie ich höre sind viele der in Rastatt Gefangenen an ihre Regierungen ausgeliefert worden. Wenn man es doch mit uns auch so machen wollte. In Sachsen hat man wenigstens keine Zellengefängnisse. Doch, ich habe mir ja vorgenommen, bis zum Frühjahr zu hoffen. Wenn nur die Schwaben und Hessen keine einfältigen Streiche machen! Dumme genug sind sie dazu jetzt irgend Etwas anzufangen, wo sie gerade mitten in der Schere sitzen! —

Ich bin sehr begierig darauf was Du mir alles schreiben wirst. Es muß unterdessen doch mancherlei geschehen sein! Vom Staatsministerium wirst Du nun auch Deine abschlägige Antwort haben; ich schließe das daraus, weil dem Doktor die Zeugnisse von Cerutti und Hartmann zugesandt sind, die auch nichts genützt haben.

„Sehen Sie,“ sagte der Doktor (Fueßlin), „jetzt sind Sie nun schon drei Monate hier und leben noch!“ — Ich habe auch nicht daran gedacht an drei Monat Gefängnis zu sterben; ja ich habe ein so zühes Leben, daß ich es wahrscheinlich recht lange aushalten könnte und mit meiner Gesundheit geht es wenigstens leidlich und nicht halb so schlimm als ich fürchtete; allein es ist ja auch ohne dies schon hart genug. — Jetzt habe ich mir vorgenommen, meinen Körper ganz einfach als eine Maschine zu betrachten und die Speise als ein zu ihrer Instandhaltung nötiges Material. Ich schlucke mein Essen herunter möglichst ohne es zu schmecken, zu welchem Ende ich dabei lese und habe mir vorgenommen, nicht mehr zu hungern, sondern ohne Unterschied alles zu essen was vorkommt:

Lametta-Hermann

„Warum nur die hübschen Leute
Mir nicht gefallen sollen?“
Manden hält man für fett
Er ist nur geschwollen.

(Goethe)

mir dabei eine möglichst gleichgültige Gemütsstimmung zu erhalten und dem Ochsen im Stalle ähnlich zu werden. Dabei hoffe ich zu Kräften zu kommen und, wenn man mich im Frühjahr wirklich entläßt, — etwas fetter als jetzt geworden zu sein. Dürfte ich mir wieder malen! Du glaubst gar nicht, welche Freude mir das machte und mit welchem Eifer ich das trieb. Ich vergaß fast, daß ich gefangen war und freute mich stets auf den folgenden Tag, während ich jetzt zusammenschauere, wenn ich am Morgen die Glocke höre. — Jetzt ist es bald wieder Zeit zum Schlafengehen und mein Tag beginnt.

Hätte ich doch L. Storchs Hymne an die Nacht hier. Tu mir's zu lieb und schreibe ihm, daß er mir eine Abschrift davon schickt; das Gedicht ist gar so schön. Grüße ihn von mir recht herzlich und wird mein Manuskript „Aus der Kasematte“ fertig, so schicke ihm ein Exemplar. Zwei davon schicke auch an A. (Baron Audlau). Die Adresse ist: Gothic House, Clapham, London . . .

Mittwochmorgen. Guten Morgen meine liebe Helene! — Das was heute nacht ein entsetzlicher Sturm und selbst im Bette wurden meine Haare vom Winde bewegt. Ich habe heute Schmerzen in allen Gliedern und besonders in den Zähnen und im Kopf. Ueberhaupt habe ich mit der Zelle einen übeln Tausch getroffen. Dem Doktor war es gleich nicht recht. Die Zelle oben war bei Weitem wärmer und nicht so zugig. Ich wollte die Küferer lernen; allein daraus wird nun nichts, da der Meister weggeschickt worden ist und mein eigentlicher Werkmeister kümmert sich um meine unbedeutende Arbeit hier so wenig wie oben. Die Leute haben natürlich mehr zu tun, denn die Schreinerei geht hier sehr stark und der Mann weiß nicht, wo ihm der Kopf steht. — Ich bin

jetzt mit meinen Gedanken fortwährend in Brasilien. Oder wollen wir nach holländisch Guiana! Dorthin bekomme ich wohl von Holland aus wirksame Empfehlungen . . .

Abends. Ich hoffte heute bestimmt auf einen Brief von Dir und wenn die Tür sich öffnete, dachte ich, der Herr Prediger würde herein treten und ihn mir bringen. Allein — nichts. Nach Deiner gewohnten Art wirst Du die letzten vierzehn Tage vor Weihnachten so viel zu tun haben, daß Dir keine Zeit zu einem Briefe für mich bleibt. Gibt es nicht irgend ein Arcanum, welches einen monatelangen Schlaf verursacht? — Ich muß mir hier etwas schaffen, wofür ich mich interessiere, denn sonst ist es nicht zum aushalten.

Ich habe eine unbändige Sehnsucht nach Brasilien, nach einem friedlichen Leben mitten in der schönen Natur, fern von diesen kleinlichen demokratischen Zänkereien und großsprechenden Kleintälern mit ihrem philosophischen Teewassergeschwätz; fern von diesen langbärtigen, prahlenden und blutdürstigen Salvator Rosa-Figuren mit Hasenherzen, fern von diesen egoistischen, engherzigen Philistern mit dickem Bauch und langer Tabakspfeife; fern von diesen Standgerichtshelden. — doch halt, weiter nicht. Ja, fern von diesen europäischen Menschen möchte ich sein und unter dem Schatten einer Kokospalme mit denen die ich liebe, sitzen und nichts mehr von Europa und seinen Fürsten und Demokraten hören. Ja, selbst gegen den Ruhm bin ich hier jetzt gleichgültig; ich will nichts als Ruhe! Nur ein Jahr lang wenigstens möchte ich einmal das Leben genießen in einer reichen, schönen Natur! Wenn ich auf das zurückschaue, was ich durchgemacht, was ich erduldet habe, dann fällt mir immer Heines Vers vom König Wiswanwitra ein! — Wenn ich übrigens im Frühjahr wirklich nach Amerika wandern darf, so ist mir der Aufenthalt hier vielleicht sehr gut, denn ich werde hier gewissermaßen für die mit einer so langen Seereise verbundenen Entbehrungen trainiert. Nur nicht nach Nordamerika zu den betrügerischen Yankees. Auch nicht nach der Stadt Rio Janeiro. Nein, hundert Meilen stromauf am Amazonasstrom suche ich mir meinen grünen Hügel am Wasser. So viel Geld als wir zu einem einfachen Haushalt gebrauchen, werden wir ja wohl noch aus den Trümmern zusammenlesen. Ich habe mir schon alles schön ausgemalt. Du sollst täglich neue Entdeckungen an mir machen und wirst gar nicht begreifen, wo ich das alles gelernt habe, was ich da praktisch ausführen werde.

In jenem glücklichen Lande braucht man ja wenig, um genügend zu leben und den Luxus Europas ersetzt mir dort tausendfach der schöne Luxus der Natur. Dort wollen wir uns für die unter Mühen und Sorgen verbrachten letzten Jahre entschädigen. Wir wollen alle bösen Erinnerungen im alten Europa lassen und wieder jung werden. Ich bin so von ganzer Seele europamüde! Warum sind wir nicht schon vor zehn Jahren dorthin gegangen? — Doch das hat eben so sein müssen. — Gute Nacht!

Corvin denkt an Auswanderung

Donnerstag, den 20., abends. Wenn ich krank war, hast Du häufig die Bemerkung gemacht, daß ich, wenn der Arzt kam, stets so lebhaft sprach, als wenn ich vollkommen gesund gewesen wäre. Ungefähr so geht es mir jetzt, wenn mich der Herr Pfarrer besucht. Er ist so freundlich und sagt mir was ungefahr draußen vorgeht und das regt mich immer mächtig auf. Heute hat er mir erzählt, daß die Zentralgewalt in Frankfurt eingetroffen sei, daß Preußen und Oesterreich sich rüsteten und daß die Wahlen zum Reichstag bereits ausgeschrieben seien. Ferner erzählte er, als ich von Guiana sprach, daß sich in Württemberg ein Auswanderungsverein für holländisch Guiana gebildet habe und daß auch eine Reisebeschreibung nach jener Gegend erschienen sei. Ferner erzählte er mir auch von den Schriften von Struve und Mörders. — aber von meiner noch kein Wort! Diese wird wieder kommen, wenn kein Mensch mehr etwas von Baden lesen mag und die neuen Ereignisse alle Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. . . . Ich besorge, daß sich hier in Baden im Frühjahr Preußen und Oesterreich in die Haare geraten. Läßt man uns nicht bei Zeiten los, so fallen wir am Ende noch den Oesterreichern in die Hände und das hieße in der Tat aus dem Regen in die Traufe kommen. Wenn man mich jetzt losließe, — ich wollte Urfehde auf ein Jahr schwören, ja meinethalben auf zeitliches. Ich habe solchen Ekel an dem ganzen jämmerlichen politischen Getriebe, daß ich lieber unter den Affen Brasiliens als unter denen Europas leben möchte, um gar nichts mehr davon zu hören. — Du fragst was ich in Guiana treiben will? — So wenig als möglich und nur so viel als zum Erwerb nötig ist. Fröbel ist in Neuyork Seifensieder geworden? — Wahrscheinlich will er dort Europa den Kopf waschen oder einem gewissen Jemand den Seifenschaum dazu liefern, wenn er Deutschland barbiert! Ich lese jetzt lauter sehr nützliche Bücher, namentlich die in Stuttgart erscheinenden Wochenbände. Jetzt lese ich eben „Pflanzenstoffe“ und ich kann sagen, daß ich daraus viel gelernt habe. . . . Du weißt, daß ich ziemliches Erfindungstalent habe und mir genügt eine bloße Andeutung für ganz wichtige Entdeckungen. — Folgenden Vers fand ich auch in diesem Buche

Dem Hoffnungsraum von schöner Zeit
Der auf der Elends Stirn erglüh
Die Mandelblüte ist zeweigt,
Die an dem kalten Zweige blüht.

Wenn meine amerikanische Mandelblüte nur nicht erfriert! — . . . — Der König von Württemberg verwendet sich sehr dafür, daß Mögling die Auswanderung nach Amerika gestattet werde. Wer verwendet sich für mich? — Für die Erhaltung Mannheims und für die Erhaltung so vieler Menschenleben könnte man mich wohl durch dieselbe Erlaubnis belohnen. Statt dessen sperrt mich die eine Partei ins Zuchthaus und die andere beschuldigt mich der nichtswürdigsten Dinge! Wie gesagt, Egoist muß man werden, stets nur an sich denken und alle großen, edeln Gefühle aus seinem Herzen austrotten, denn das jämmerliche, erbärmliche Menschenpack versteht sie nicht zu würdigen und da sie selbst meistens aus Kot zusammengesetzt sind, so können sie es nicht fassen, wenn ein Anderer anders ist! — und müssen sie es endlich erkennen, so nehmen sie es übel, daß man anders ist! —

(Fortsetzung folgt.)

Dokumente zum Kirchenkampf

Wir veröffentlichen nachstehend zwei kirchenamtliche Dokumente zum Kirchenstreit, die uns von befreundeter Seite übermittelt wurden. Sie beweisen zweierlei:

1. Die Reichsregierung unterdrückt gewaltsam alle Mitteilungen über innere Angelegenheiten der Evangelischen Kirche. Sie stellt sich erneut hinter den Reichsbischof Müller.
2. Die evangelische Bekenntnissynode wird nach wie vor von den höchsten kirchlichen Autoritäten aufschärfte bekämpft, und zwar ausdrücklich unter Berufung auf den Willen der Reichsregierung, die die Müllersche Reichskirchenregierung als „einzige amtliche und handlungsberechtigte Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche“ anerkennt.

Es handelt sich um Dokumente von grundlegender Bedeutung. Sie zeigen, daß jeder Versuch, die Gegensätze im Schoße der Evangelischen Kirche zu überbrücken, zum Scheitern verurteilt ist.

Redaktion der „Deutschen Freiheit“

I.
Evangelisches Konsistorium
der Rheinprovinz Düsseldorf, 9. Nov. 1934.
Nr. 13 617.

Die Deutsche Evangelische Kirche als Rechtskirche und Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Herr Reichs- und preußische Minister des Innern Frick hat zum evangelischen Kirchenstreit in folgendem Erlaß Stellung genommen:

„Der Reichs- u. Preußische Minister des Innern. Berlin NW. 40, 6. 11. 1934. Königsplatz 6. VI 7770/3014.“

Schnellbrief.

An die Landesregierungen

- (für Preußen: a) den Herrn Ministerpräsidenten — Geh. Staatspolizeiamt —
b) den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,
c) die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten.

Nachrichtlich an

den Herrn Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei,
den Herrn Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei,
den Herrn Reichsminister f. Volksaufklärung u. Propaganda,
die Herren Reichsstatthalter,
die Reichsleitung der NSDAP., Abt. für kulturellen Frieden,
in Berlin.

den Herrn Reichsbischof, in Berlin-Charlottenburg.
Betr.: Evangelischer Kirchenstreit.

In den letzten Tagen mehren sich wieder die Fälle, in denen über Angelegenheiten der evangelischen Kirche unangebrachte Berichte in die Öffentlichkeit gelangen. Ich untersage daher bis auf weiteres alle Veröffentlichungen in der Tagespresse, in Flugblättern und Flugschriften, die sich mit der evangelischen Kirche befassen, ausgenommen amtliche Kundgebungen der Reichskirchenregierung. Meine Erlasse vom 17. August 1934 — III 3033/3014 — und vom 1. November 1934 — III 7570/3014 — treten insoweit außer Kraft.

gez. Frick.“

II.

Aus dieser Willensmeinung der Staatsregierung geht neben der eigentlichen Anordnung zweierlei unmißverständlich hervor:

1. Die Staatsregierung sieht mit äußerster Sorge auf die Wirkungen des evangelischen Kirchenstreites in der Öffentlichkeit.
2. Die Staatsregierung sieht nach wie vor in der Reichskirchenregierung die einzige amtliche und handlungsberechtigte Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche.

Aus den uns zugegangenen amtlichen Informationen lägen wir hinzu, daß die zuständige Stelle der Staatsregierung erklärt hat, die auf Grund der Dahlemer „Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche“ vom 20. 10. 1934 handelnden Kreise könnten nie auf eine staatliche Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts rechnen.

Das sogenannte „Notrecht der Bekenntnissynode“ ist damit erledigt. Es stellt sich als ein untauglicher Versuch mit untauglichen Mitteln dar, unter dem Vorgeben der Rechtsverletzung auf der Seite der Reichskirchenregierung durch eigenen Rechtsbruch und durch Verlassen der Grundlage der Verfassung ein Recht nach eigenem Gutdünken und Machtdünken zu schaffen.

Es kann schlechterdings von niemanden behauptet werden, daß für unsere Rheinische Kirche etwa der „Bruderrat der Rheinischen Bekenntnissynode“ ein kirchliches Organ darstellt, das auf der Grundlage und in den Rechtsformen der geltenden Kirchenordnung für die evangelischen Gemeinden der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz vom 6. 11. 1923 (K.G. u. V.O.Bl. 1924 S. 165) gebildet worden ist. Es ist ein höchst verwunderliches Beginnen, dem amtierenden Organ der Rheinischen Kirche die Rechtsungültigkeit vorzuwerfen und selbst in der Annahme der Kirchenleitung auf völlig rechtsungültigem Boden zu stehen.

Die Reichskirchenregierung ist in diesen Tagen, wie angekündigt, auf das ernstlichste damit beschäftigt, die Rechtsgrundlage ihrer Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen nachzuprüfen. Sie hat sich sofort dazu bereit gefunden, als maßgebliche Staatsstellen die Frage nach der Rechtsungültigkeit an sie herangebracht haben. Dabei ist festzustellen, daß der Rechtszweifel, soweit er von den Staatsstellen erhoben wird, sich beschränkt auf das am 7. Juli 1934 erlassene Kirchen-

gesetz über die Bestellung der Mitglieder der Nationalsynode und auf die Beschlüsse und Maßnahmen der nach diesem Gesetz berufenen Nationalsynode vom 9. 8. 1934. Außer jedem Rechtszweifel stehen, wie die Staatsstellen bestätigt haben, insbesondere die Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften der Kirchengemeinden und höheren Verbände vom Jahre 1933.

Nach der Auffassung der Staatsregierung, die hier aus dem auch von der Opposition nie bestrittenen, weil rundherum unbestreitbaren Aufsichtsrechte des Staates handelt, ist die von der Reichskirchenregierung geleitete Deutsche Evangelische Kirche die einzig und alleinige Rechtskirche als die vom Staate ausschließlich anerkannte Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Nur in ihr haben unsere rheinischen Kirchengemeinden ihren öffentlich-rechtlichen Rechtsstand, der begründet ist: Reichsrechtlich auf der Grundlage der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 11. 7. 1933, landesrechtlich auf der Grundlage der Verfassungsurkunde der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union vom 29. 9. 1922 und der Kirchenordnung für die Evangelischen Gemeinden der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz vom 6. 11. 1923, sowie den zu diesen Grundgesetzen erlassenen weiteren Verfassungsgesetzen und Verordnungen.

Nur in ihr gilt für die rheinische Kirche das Grundgesetz des Artikels III unserer Kirchenordnung:

„Unbeschadet des verschiedenen Bekenntnisstandes pflegen sämtliche evangelischen Gemeinden, als Glieder einer evangelischen Kirche, Gemeinschaft in Verkündigung des göttlichen Wortes und in der Feier der Sakramente und stehen mit

Die andere Seite

Geschlossen in einheitlicher Front gegen Müller

Im Reich wird soeben ein vierseitiges Flugblatt mit der Überschrift verbreitet: „Die deutsche evangelische Kirche in geschlossener Einheit.“

Das Blatt beginnt mit der Feststellung: „Das Gewaltregiment der Deutschen Christen ist zerbrochen. Es ist wie ein Geschenk Gottes, daß in dieser Notstunde auch die großen freien Verbände unserer kirchlichen Arbeit — bis auf eine bedeutungslos gewordene Gruppe — und die Lehrer unserer theologischen Jugend in einem Willen sich zusammengefunden haben. Unabhängig voneinander haben sie folgenden Schreiben und Telegramme an den Reichsbischof der Deutschen Christen, Ludwig Müller, gerichtet und seinen sofortigen Rücktritt gefordert.“

Die Briefe und Telegramme sind sämtlich vom 5. oder 6. November datiert. Der Bruderrat der Deutschen Evangelischen Kirche, bezeichnet D. Koch, fordert, daß der gegenwärtige Inhaber des Reichsbischofsamtes unverzüglich seinen Platz räumt und die Bahn frei gibt für den Mann, den die Bekenntnissynode und die großen Verbände evangelischer Arbeit durch ihr Vertrauen zu unterstützen bereit sind.

Die Landesbischöfe Meiser, Wurm, Morahrens, Zanker werfen in einem Brief an den Reichsbischof diesem vor, daß er sich der politischen Diffamierung, der Gewalt und des Rechtsbruchs schuldig gemacht habe. „Da wir uns aber des Eindrus nicht erwehren können, als ob Sie sich des Grades der Lage nicht voll bewusst waren, sehen wir uns genötigt, Sie auf das dringendste zu bitten, dem Staat und der Kirche wenigstens den Dienst zu tun, daß Sie die Möglichkeit für einen Neuanfang und eine Befriedung der Kirche durch Ihren Rücktritt schaffen.“

Der Verband der deutschen evangelischen Pfarrervereine, gez. D. Dr. Schäfer-Hemsheld,

„Wir werden sie niederwerfen“

Zum Abschluß des ersten achtstägigen Freischulungskurses veranstaltete die Reichsjugendführung der Hitler-Jugend am Montag, dem 5. November, im Preußenhaus eine Auktionsfindgebung der HJ-Presse, in der Reichsleiter Alfred Rosenberger und Reichsjugendführer Baldur von Schirach sprachen.

„Baldur von Schirach“ — so berichtete das „Berliner Tagblatt“ — „ernstete für mich einen Beifall, als er im Namen der Jugend die Versicherung gab, der Weg Rosenbergs sei auch der Weg der deutschen Jugend. Ueber die Hitler-Jugend äußerte sich Schirach, man treibe ihr Unrecht, wenn man sie als die „von oben angeordnete Staatsjugend“ bezeichne. Die historische Aufgabe der HJ. bestehe ganz einfach im Zusammenschluß der gesamten jungen Generation. „Es geht“, erklärte der Redner, „um die Totalität. Ich vermag nicht einzusehen, warum es neben der Hitler-Jugend noch konfessionelle Sonderverbände geben soll (Beifall). Religiöse Ueberzeugung und Dienst in der Hitlerjugend lassen sich sehr wohl miteinander verbinden.“ Das hätten die protestantischen Jugendorganisationen, die in der HJ. aufzuzugangen seien, bewiesen, und das hätten auch die Jehntausende bekräftigt, die aus der katholischen Jugend zur HJ. gekommen seien. „Wir können“, so schloß Baldur von Schirach,

gleicher Berechtigung in einem Kreis- und Provinzialverbande und unter derselben höheren kirchlichen Verwaltung.“

Nur dieser Rechtskirche und den in ihr und unter ihr stehenden Gemeinden besitzend die auf Kirchen- und Staatsrecht beruhenden Rechte und Privilegien. Insbesondere des Eigentums und die Verfügungsgewalt über die kirchlichen Gebäude und Vermögensteile, das Recht auf Inanspruchnahme staatlicher Dotationen und Pfarrbesoldungszuschüsse, das Recht zur Erhebung von Kirchensteuern, das Recht zur Veranstaltung privilegierter Sammlungen, das Recht zur Vorbildung und Verleihung der Anstellungsfähigkeit von Geistlichen, das Recht der Anstellung der Pfarrer mit den daraus fließenden öffentlich-rechtlichen Sicherungen für den Pfarrenstand, seine Angehörigen und Hinterbliebenen, das Recht zum Erlaß von Gesetzen und Verordnungen mit öffentlich-rechtlicher Wirkung.

Pfarrer, Hilfsgeistliche oder Kandidaten, Beamte oder Körperschaften der Kirchengemeinden, die sich durch Unterordnung und Zugliederung zu einer „Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche“ auf Grund der sogenannten Dahlemer Botschaft vom 20. 10. 1934 aus dem Verwaltungsgefüge und Verfassungsgefüge der Deutschen Evangelischen Kirche, wie sie jetzt unter der Leitung der Reichskirchenregierung besteht, durch förmliche Erklärung herauslösen, handeln pflichtwidrig. Sie brechen die Verfassung und stellen sich außerhalb der Rechtskirche. Sie begeben sich damit aller Rechte ihres Amtes und haben die Folgen zu tragen. Der einzelne verliert die öffentlich-rechtliche Stellung und wird zur Privatperson. Die Körperschaft hört auf, rechtmäßiges Organ der Kirchengemeinde zu sein.

Wir sind verpflichtet und gewillt, diesen Rechtsgrundsatz mit den dazu gegebenen Rechtshandhaben aufrecht zu erhalten und durchzuführen.

Diese Verfügung ist sofort den Presbyterien und größeren Gemeindevertretungen sowie den Kirchengemeindebeamten bekanntzugeben.

gez. Siebert.

Für die Richtigkeit:

G. Müller.

fordert den Reichsbischof auf, auf sein Amt zu verzichten.

118 theologische Hochschullehrer haben den Reichsbischof aufgefordert, sofort zurückzutreten. Die Leipziger Fakultät der Theologen ging besonders vor und hat die Rücktrittsforderung am Schwarzen Brett der theologischen Seminarinstitute veröffentlicht.

Die Innere und die Äußere Mission, zusammengeschlossen in der Arbeitsgemeinschaft des missionarischen und diakonischen Verbände und Werke der deutschen evangelischen Kirche, gez. Bodelschwing, Anst. Pätzschau, haben dem Reichsbischof geschrieben, daß eine Befriedung und Gesundung unserer Kirche nicht möglich ist, „solange Sie das Amt des Reichsbischofs bekleiden“.

Der Zentralvorstand des evangelischen Vereins der Genuß-Adolf-Stiftung, gez. Dr. Werber, Professor an der Universität Leipzig, erbittet vom Reichsbischof „das Opfer Ihres Rücktritts“, denn nur eine völlige Aenderung des von der Helmarkirche bis jetzt gekehrten Kurles könne die evangelische Auslandsdiaspora vor dem Untergang retten.

Der Martin-Luther-Bund für die lutherische Diaspora hält in einem Telegramm den Rücktritt des derzeitigen Reichsbischofs für unerlässlich. Gezeichnet ist das Telegramm von D. Ulmer.

Der lutherische Rat, gez. Dr. Meiser, schließt seine Aufforderung mit den Worten: „Wir sehen einen Ausweg aus der furchtbaren inneren und äußeren Not, in die durch Ihre Führung die Kirche gekürzt ist, nur darin, daß Sie die Folgerungen aus der von Ihnen geschaffenen Lage ziehen und freiwillig von Ihrem Amt zurücktreten.“

Das Flugblatt ist gedruckt bei der Öffener Gemeinwohl G. m. b. H. in Offen.

„von dem Prinzip nicht abgeben, daß alle Jugend uns gehört! Dieses Ziel werden wir unerbittlich im Auge behalten und wir werden jeden Widerstand niederwerfen.“

Dazu bemerkt das Berliner „Kath. Kirchenblatt“ vom 11. November:

„Bezüglich der katholischen konfessionellen Verbände gilt bis auf weiteres unteres Wissen § 31 des Reichskonkordates.“

„Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Wehr unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt.“

„Diejenigen katholischen Organisationen, die außer religiösen, kulturellen und karitativen Zwecken auch andere, darunter auch sozialen oder berufständigen Aufgaben dienen, sollen, unbeschadet einer etwaigen Einordnung in staatliche Verbände, den Schutz des Artikels 13, Absatz 1, genießen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten.“

Die Teilnahme der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen dieses Artikels fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten.“

Durchs Guckloch

Der wackere Gemeinderat von Kaufbeuren, irgendwo im Süden des schönen und großen Hitlerreichs, hat jetzt beschlossen, das städtische Leihhaus endgültig zu schließen; denn es sei nur „ein Produkt der glücklich hinter uns liegenden Verfallszeit“. Zur selben Stunde hat sich der Herr Reichsfinanzminister im „dritten Reich“ mit siegreich-spöttischer Ironie gegen die ganz veralteten Methoden gewendet, mit denen die vergangenen „vierzehn Jahre der Schande“ (in denen freilich der Knabe Schwerin-Krosigk dank der Urbanität des Juden Hilferding so was wie Staatssekretär wurde) Finanzpolitik des Reiches getrieben hätten. Eine Bilanz, die stimmt, ist doch letzten Endes nur eine Erfindung des internationalen Judentums. Was brauchen wir noch den ängstlichen Bedacht auf den Ausgleich zwischen Ein- und Ausgabem? Eine Verfallsrechnung — das! Der Herr Finanzminister meinte, man habe in der „Arbeitschlacht“ nur für ein paar lumpige Milliardchen eben die Einnahmen künftiger Jahre vorweggenommen. Gar nichts sonst weiter! Die „Systempolitiker“ seien nie auf einen so billigen und soliden Gedanken gekommen. Verfall und Korruption! Wenn die große Konjunktur kommt, wird man diese lumpigen Hypotheken auf die Zukunft aus dem Westenloch bezahlen...

Der Reichsfinanzminister und der Bürgermeister von Kaufbeuren, der nun sein Leihhaus als ein Denkmal des Novemberverbrechens schloß, das sind so die knolligen Geistesfrüchte, die das „dritte Reich“ in schier unerschöpflichen Varianten der Natur hervorsproßt. Was zu den Bitterkeiten dieses Daseins gehört — im Falle des Reichsfinanzministers kann das eine Reichsbilanz und ein Reichsetat sein, gegen den auch ein Staatsanwalt nichts einwenden könnte, der auf der Suche nach einem Konkursverfahren wäre, und im Falle von Kaufbeuren ist das ein Gang auf die Leine, wenn man auf dieser schönen Welt zwar noch einen Sommerpaletot, aber kein Geld mehr hat — das alles möchten sie zu den Akten der Weltgeschichte, abgestempelt als jene Schandware, die uns die Demokratie aufschwänzte, ablegen. Im „dritten Reich“ ist alles, an das sich keine Fahne stecken lassen kann, nicht gefragt! Man sollte im „dritten Reich“ die nächsten Irrenanstalten wirklich nur noch aus braunen Ziegelsteinen errichten!

Auf dem alten ehrwürdigen Père Lachaise in Paris schläft schon fast hundert Jahre unser Dichtermann Heinrich Heine. Er schläft an einer schönen und stillen Straße dort, der Avenue de la Cloche, und er schläft in Frieden gelassen von jenem Deutschland, das er so schwerlich geliebt und dessen Feldweibel er so bitterböse gezaust hat. Als einer, der schon sein hundertjähriges Emigrantenjubiläum in der Luft des Pantheon und im Geleucht der Fahnen von Rivoli und Austerlitz feiert, so ruht der deutsche Dichtermann, von dem die braunen Oberlehrer mit erigiertem Zeigefinger zu sagen wissen — oh, daß der Kerl ein Jude, und was für einer, war! Es liegen noch andere dort auf dem Père Lachaise: Zola, Gauthier, Stendal. Aber Heine ist unter Kollegen so was wie ein Star des Ruhestandes in Gottes Ewigkeit. Man bringt ihm, dem kleinen, frohen Juden, immer noch Blumen. Roseden hat er so geliebt und die Astern auch; und er hat sie besungen, so daß sie durch ihn fast deutsche Blumen wurden. Herr Hitler hat dafür das Edelweiß; aber es ist durch ihn noch nicht deutscher geworden...

Hin und wieder findet man auch ein Geständnis, irgend ein deutsches, in Prosa oder auch in Versen an der Schwelle dieses gemütsinnigen Hades. So jetzt, wie mir jemand aus Paris schreibt, den folgenden Stoßseufzer eines anscheinend nur zur unbesessenen Hälfte Gleichgeschalteten:

Heinrich Heine! Wenn Du aufständest,
Du löndest
Die ganze Welt verändert...
Nur Deutschland nicht!

Ja — das war ja eben auch seine Tragik: Der Feldweibel reicht von Ewigkeit zu Ewigkeit — Amen! F. E. Roth

Literatur

Die Neue Weltbühne, Prag X, Sijfava 4c. H. C. Weisskopf war in Saarbrücken und erzählt, wie es heute in den Höden, in den Gassen, in den Schaufenstern, in den Meinungen dieses „Ren-Charbins“ aussieht und was der „unbekannte Saarbrücker“ über die Abtötung dankt. „Saar und Völkerrand“ heißt der zweite Artikel von H. von Gerlach über die Vorzüge „Heinrich und Krieg“, der zweite Artikel von Hermann Badjassanoff. Tony Zander legt mit dem Aufsatze „Gleichheit der Kräfte“ die Diskussion über die rote Einheitsfront fort. Ueber die HZM-Akte berichtet Wilfried Goldschmidt. Wasbeman (Strum) porträtiert Gomboss. Außerdem enthält die Nummer einen Beitrag über den deutschen Theater- und Kinostiefplan. Schwab kritisiert über das Antersiewe Stalin-Buch, einen Bericht über den Boykott der deutschen Waren durch die Juden in Polen u. a. m.

Zu verkaufen
Vollständige Einrichtung einer
Strumpffabrik
Fabrique de Bonneterie
mit Bureau Schreibmaschine
Miete mit schöner Wohnung
Sich schriftlich wenden an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 1222

Co e d'azur
Illustrierte, modernste Komfort, möbliert, Schlafsäle, Speisezimmer, Küche, Bad, W.C., etc., Garten, ruhige Südlage am Meer, vornehmes Quartier, zu vermieten.
VILLA LUCIE in MENTON-GARAVAN

IN NIZZA
Spezialgeschäft
für photographische
Arbeiten
Wirkliche Geborgenheit — aus Familienrunden schöner umgebender Läden im Zentrum der Stadt billig abzugeben. Saison dauert 8 Monate. Ausgezeichnetes Geschäft für energische Person mit Fachkenntnissen. 150.000 Fr. bar. Zuschr. an Publ. Metz. 31 rue Turbigo unter Nr. 3807

Werbt für die „Deutsche Freiheit“

Schweizerisches und albanisches
Warenwarengeschäft
Kuchenbäckerei, Konditorei, Waare und Liköre
Produits Schmid
75, Boulevard de Strasbourg, 2. rue St. Leonart
Paris, bei Gare de l'Est
Telefon 4 Lianen vereinigt unter 8072ARIS 91-11

Anlagen in Holland
Lettende Persönlichkeit bekannter holländischer Bank Jude, (früher Deutscher), besten Rufes, stellt sich zur Verfügung zur Finanzierung, Kapitalanlagen, Errichtungen von Gesellschaften etc. etc. Anfragen sind zu richten unter Nr. 1225 u. d. „Deutsche Freiheit“, Saarbrücken.

„Sie sind von Hitler gekauft!“ Wie die französischen Hitlerdelegierten in Paris eingeschätzt werden

(Von unserem Korrespondenten.)

Paris, 21. November.

Wir haben den Besuch der „Deutschen Freiheit“ Kenntnis gegeben von einer erregten Auseinandersetzung, die nach einer Schilderung der „Humanité“ in den Wandelhallen der französischen Kammer zwischen den zur Rechten gehörenden Abgeordneten Franklin-Bouillon und Jean Gon, dem „Hitlerbesucher“, stattgefunden haben soll. Auch der „Populaire“ hat in ähnlicher Weise den Vorgang dargestellt. Jetzt hat nun Jean Gon diesem Organ der sozialistischen Partei eine „Berichtigung“ zugefickt, damit aber das Unheil nur verschlimmert. Denn zusammen mit dieser „Berichtigung“ fann der „Populaire“ einen Brief von Franklin-Bouillon veröffentlichten, der, so kurz er ist, Bände gegen Hitlers neuen französischen Freund spricht. Wir lassen hier die beiden Briefe im Wortlaut folgen:

Jean Gon an den „Populaire“:

Herr Chefredakteur!

In Ihrer Nummer vom 22. November veröffentlichen Sie auf der ersten Seite unter Ueberschrift „Wer hat die Zusammenkunft Jean Gon-Hitler organisiert?“ einen Artikel über eine Unterhaltung, die in den Wandelgängen der Kammer zwischen meinem Kollegen Franklin-Bouillon und mir stattgefunden haben soll.

In Ihrem guten Glauben werden Sie sicherlich überrascht sein; denn Franklin-Bouillon hat mir nichts von dem gesagt, was Sie ihm in den Mund legen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Richtigstellung zum Abdruck bringen würden.

Franklin-Bouillon an den „Populaire“:

Herr Direktor!

... Ich gebe Ihnen eine genaue Schilderung von dem, was sich gestern zugefallen hat. Als ich Jean Gon zusammen mit Danielou traf, fragte ich wörtlich zu ihm: „Sie haben eine erbarmliche Handlung begangen.“ (Indem Sie Hitler besuchten!) — Die Red. der „D. F.“ Er antwortete nichts, und ich drehte ihm den Rücken... Ich habe ihm übrigens heute diese Worte noch einmal vor 100 Kollegen wiederholt.

Zusätzlich, fügt nun der „Populaire“ hinzu, hat dies Franklin-Bouillon am Donnerstagabend nach der Kammerführung auch getan. 100 Abgeordnete waren in der Nähe, als Franklin-Bouillon zu Jean Gon sagte: „Sie hatten nicht das

Recht, den Mann zu besuchen, der Frankreichs Vernichtung will, ohne die Regierung vorher davon zu unterrichten... Ihre Haltung ist verbrecherisch...“

„Sie sind von Hitler gekauft!“ Ichrie Franklin-Bouillon. Gon gab eine gereizte Antwort. Jetzt hielt ihm sein Widersacher vor, daß er einen kranken Schwager mit politischen Gegnern treibe, um sich sein Mandat zur Kammer zu sichern... „Er ist ein trauriger Politiker.“

Jean Gon weicht zurück. Da nimmt der andere seinen Vorteil wahr und macht sich über Jean Gons Reisebegleiter her: Robert Monnier? Jedermann weiß von ihm, daß er ein Mensch ist, der ebenso sehr seine Zeit in den Zimmern der Untersuchungsrichter wie im Pariser Rathaus (N. ist Stadtrat, D. Red. d. „D. F.“) zubringt. Man sollte sich nur bei seinen Kollegen und den Behörden erkundigen... Hebrigens hat es Cassin vom Kriegsstellnehmerverband (C. steht links, D. Red. d. „D. F.“) abgelehnt, an der Reise teilzunehmen.

Mit hochgerötetem Gesicht, so schließt der „Populaire“ seinen Bericht, küßte Jean Gon. Unglücklichweise aber geriet er in eine Gruppe von Journalisten, die ihn fragten, ob er, der behauptet, im Namen der ehemaligen Frontkämpfer zu sprechen, nicht damit zufrieden gewesen sei, sich am 6. Februar auf dem Place de la Concorde zu schlagen (Bei den Straßenkämpfen. Die Red. d. „D. F.“) Und einige gingen so weit, zu behaupten, Jean Gons Antrag auf Zahlung einer Pension sei zurückgewiesen, er habe den Krieg nur als Bahnsportvorheber kurze Zeit, z. B. in Randwege mitgemacht. Auf alle diese Angriffe brüllte Jean Gon nur: „Ich habe Papiere!“

Es scheint, daß Hitler sich in der Wahl seiner Beigänger irrt hat.

Rüstungsreisender Ribbenfrop Er kommt nach Paris?

Paris, 24. November.

(Von unserem Korrespondenten.)

Der Berliner Korrespondent des „Autranfigant“ will in der Reichshauptstadt erfahren haben, daß die Reichsfanzlei den Sondergesandten Hitlers, Herrn von Ribbenfrop, angewiesen habe, sich von London nach Paris zu begeben. Es sei also wahrscheinlich, daß Hitlers Abgesandter in Kürze dem französischen Außenministerium am Quai d'Orsay seinen Besuch abtun werde.

Das Neue Tage-Buch
Herausgeber: Leopold Schwarzschild
AUS DEM INHALT:
Nr. 45 soeben erschienen
Die Woche
Frontkämpfer als Friedensstauben
Die „Daily Mail“ hat richtig geschätzt
Homerischer Kampf zwischen Darré und Goerdeler
Pöbelspiele
LEOPOLD SCHWARZSCHILD:
In der Gefahrenzone
„Um Seele und Tasche Jagoslavians
Aus dem Tagebuch eines Berliner Studenten
ILJA EHRENBURG:
In den Tschingeln Europas. — II. Miniaturen
PREIS 3 FRANCS

BRIEFKASTEN

H. H. Warshaw. Sie Sie und mitteilen, werden hunderte jüdische Vorkämpfer und sonstige kräftige junge Leute, die durch den Sonder-Delegierten des Einwanderungsamtes der Jewish Agency Eba Ghoudi in verschiedenen Ortshäusern Polens ausgeführt wurden, als Hafensarbeiter nach Dals abreißen. Kurze Zeit vorher sind von dem Delegierten 100 talentvolle Hafensarbeiter für Dals angeworben worden. — Das heißt nur eine neue Tüte der Weisen von Zion zu sein, die offenbar drohndem, nun noch die Bezüge der Schwarzarbeiter den armen Axiern fortzuschicken.

In mehrere. Die Angeklagten des großen Prozesses gegen Mitglieder der SAP und ZAV sind: 1. Max Köhler geb. 1897, seit 15. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 2. Tr. phil. Klaus Zwilling geb.

1900, seit 15. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 3. Hermann Reich, Geschäftsführer des Reichsverbandes deutscher Volkswirtschaftler, geb. 1889, seit 15. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 4. Karl Böler, geb. 1887, seit 15. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 5. Ulrich Baumann, geb. 1908, seit 15. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 6. Hans Weibler, geb. 1912, seit 15. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 7. Gustav Zenger, geb. 1912, seit 15. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 8. Käthe Reichardt, geb. 1912, 9. Ilse Schneider, geb. 1912, 10. Peter Keller aus Köln, geb. 1914, seit 20. August 1933 in Untersuchungshaft in Köln, 11. Charlotte Abel, geb. 1903, seit 15. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 12. Ulri Abel, geb. 1916, 13. Wolfgang Böger, geb. 1913, 14. Erich Böger, geb. 1912, 15. Kurt Plebermann aus Dresden, geb. 1906, seit 19. 9. 1934 in Untersuchungshaft, 16. Erich Trautler, geb. 1903, seit 20. 9. 1933 in Untersuchungshaft, 17. Peter Lönn, geb. 1900, seit 5. 1. 1934 in Untersuchungshaft, 18. Tr. Stefan Szende, geb. 1901, in Ungarn, seit 19. 9. 1934 in Untersuchungshaft, 19. Tr. med. dent. Georg Weinberg, geb. 1885, seit 19. 9. 1934 in Untersuchungshaft, 20. Gustav Weisner, geb. 1903, seit 20. 9. 1934 in Untersuchungshaft, 21. Ernst Jander, geb. 1909, seit 20. 9. 1934 in Untersuchungshaft, 22. Günther Reil, geb. 1909, seit 20. 9. 1934 in Untersuchungshaft, 23. Käthe Schultze, geb. 1909, seit 22. 9. 1934 in Untersuchungshaft, 24. Hans Als, geb. 1906, seit 20. 9. 1934 in Untersuchungshaft.

Erst Dörfelante. Ihnen verdanken wir die Mitteilung eines besonders schweren Falles von Nazi-Korruption: Vom Landgericht in Hamburg wurde die frühere Kreisamtsleiterin der NSD, Siegfried, wegen Veruntreuung und Unterschlagung von 2500 Mark, die der NSD gehörten, zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt. — Also nicht nur die männlichen, sondern auch die weiblichen Hitlerbesucher werden.

Pfäler Peter. Sie Sie und mitteilen, hat das Teutische Handwerkinstitut auf Anregung des Reichshandwerkes des Teutischen Handwerkes Erhebungen über die Gummifabrikation angestellt und dabei neben eigenen Versuchen gutachtliche Meinungen der Fachärzte, Hochlehrer, Schulinspektoren und Träger von Gummifabriken eingeholt. Das Ergebnis der Untersuchungen wird jetzt veröffentlicht. Als Einwirkung der Gummifabriken auf den Menschen ist das Entstehen von Aufnahmestörungen wird begünstigt, 6. Die Ventilationsmöglichkeit Temperatur und die Schweißbarkeit festgestellt worden. Das Ergebnis wurde in 11 Punkten zusammengefaßt: 1. Der notwendige Gang wird beeinträchtigt, 2. Einzelne Funktionen werden aus ihrer natürlichen Lage verschoben, 3. Bestimmte Muskelgruppen des Fußes ermüden, 4. Die Fußform wird verändert, 5. Das Entstehen von Aufnahmestörungen wird begünstigt, 6. Der Ventilationsmangel durch den Schuhboden wird unterbunden, 7. Brennen, Hitze und Schwerkraft im Fuß werden vermehrt, 8. Die Schweißabsonderung wird vermindert, 9. Die Schweißbildung und sekundäre Erkrankungen werden begünstigt, 10. Die Gefäßverengung wird erhöht, 11. Die Unfallgefahr wird durch Ausrutschen und Stolpern vergrößert. Weitere 11 Feststellungen betreffen die Einwirkung der Gummifabriken auf das Schuhwerk, dessen Lebensdauer herabgesetzt wird. — Tiefe verdammten Gummifabriken. Auffallend ist nur, daß ihre furchtbaren Gefahren von entdebt werden, seitdem der Gummi Knapp wird.

Tr. in. A. V. Ihre Zahlungen sind noch viel zu niedrig. Im Monat September ist die Quittung:

Die Einrichtungen der antisemitischen Arbeitshelden Hans Schmidt, Gregor Reichert und Willi Jander, des Landesrats gegen den Antisemitischen Otmor, 64 Jahre Zuchthaus und 20 Jahre Gefängnis, allein des „Volkgericht“ verhängte im September gegen antisemitische Arbeiter 20 Jahre Kerker, davon 19 Jahre Zuchthaus und 15 Jahre Gefängnis. Damit beläuft sich die unvollständige Gesamtsumme der bei der Roten Risse Deutschlands registrierten Verurteilungen gegen Antisemiten seit der Machtergreife Hitlers auf die unabwehrliche Zahl von 12 300 Jahren Kerker. Im Monat September wüßte die faschistische Justiz mit besonderer Brutalität, mit dem vergrößerten Ziel die häufig wachsende antisemitische Widerstandsbewegung, deren Stärke sich in den von Wechsels selbst angegebenen 77 Millionen Reichsmark am 19. August offenbart, durch einen verheerenden Terror zu vertreiben. Das bewillene Zuchthausurteil von 20 Jahren Kerker im Reichsgericht Rumänienprozesse, von 20 Jahren Zuchthaus gegen 18 Kommunisten in Haderberg bei Dresden und von 47 Jahren Zuchthaus gegen 8 Charakterverurteilter Kommunisten, die während des berühmten Moskowitzprozesses verhaftet wurden.

Die den Gesamtinhalt verantwortlichen: Johann Pfg in Tübingen; für Inzerate: Otto Kubn in Saarbrücken, Notarionsdruck und Verlag: Verlag der Volkswirtschaftlichen Gmbh, Saarbrücken 2, Schlegelstraße 5, — Schlegelhof 770 Saarbrücken.